

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Rast“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Bannlich & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3. Fernsprechanstöße: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 404. —

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 2.25 Mk., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. ohne Bestgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. — Inserationspreis: die 7spaltige Rotonetzzeile 15 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Restamtteil 1 Mk. Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin. — Einwärtiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 123.

Magdeburg, Donnerstag den 29. Mai 1913.

24. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten und 4 Seiten „Die Rast“.

Seeresreform, nicht Seeresvermehrung!

Die Sozialdemokratie begnügt sich nicht mit der Vermehrung der Seeresvermehrung, sie weist auch den Weg, der allein zur Sicherung des Reiches führen kann. Daß Rußland, dieses riesige Menschenreservoir, uns an Mannschafszahlen immer überlegen sein muß, gibt ja auch der Reichszentralrat zu. Nicht durch die Ziffern, nur durch den Geist unserer Truppen können wir den Kriegsknechten des Zaren einen Damm entgegenbauen. Die Landesverteidigung verlangt also gebieterisch eine demokratische Umformung von Volk und Armee. Gestützt auf diese unerschütterliche Beweisführung, stellten unsere Vertreter in der Budgetkommission ihre Anträge, und sie beschränkten sich nicht darauf, fromme Wünsche in die Form von Resolutionen zu kleiden, sondern sie forderten, erfüllt von bewährtem Mißtrauen zur Seeresverwaltung, Änderungen des Gesetzes.

Die Verkürzung der Dienstzeit steht natürlich an der Spitze unseres Reformprogramms, — nicht als letztes Ziel, aber als wertvolle Uebergangsmaschine zur Volkswehr. Wer die Mannschaften ununterbrochen bei der Fahne halten will, hat die offene oder versteckte Absicht, die Soldaten so lange zu drillen, bis sie sich als willenlose Werkzeuge gegen den „innern Feind“ benutzen lassen. Daß die Vorbereitung für den Felddienst in viel kürzerer Zeit möglich ist, wird kaum mehr ernstlich bestritten. Die Einjährigen werden ja schon nach ein paar Monaten als Vorgesetzte verwendet, und die 23 000 Offizierskursanten, von denen fast die Hälfte ganz dienstfrei ist, sind doch nach Behauptung des Kriegsministers genügend ausgebildete Soldaten, obwohl sie den größten Teil ihrer Militärzeit nicht auf dem Exerzierplatz, sondern in der Küche und der Gefindestube verbringen.

Der Einwand, daß Frankreich zur 3jährigen Dienstzeit zurückkehren wolle, ist ganz verfehlt; denn die französische Vorlage ist nichts als ein Akt der Verzweiflung, eine letzte Anstrengung, um mit dem Nachbar Schritt zu halten, — nicht aber ein Beweis dafür, daß die Dienstverlängerung für die militärische Erziehung notwendig ist. Die deutschen Patrioten sollten auf einem andern Gebiete dem fremdlandischen guten Beispiel folgen, — warum verzichten sie nicht, wie die französischen Bürger, auf das Einjährigen-Vorrecht? Die Sozialdemokraten blieben mit ihrem Antrag auf Herabsetzung der Dienstzeit allein; nicht einmal ein schwächerer Wunsch der Fortschrittler, die Regierung möge bei einzelnen Truppenteilen Versuche mit einer Dienstzeit von 18 Monaten machen, fand eine Mehrheit. Ebenjowenig waren die bürgerlichen Parteien bereit, dem Vorschlag ein Ende zu machen. Es bleibt also vorläufig dabei, daß ein Teil der Rekruten, die auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht einrücken, in Sakalienkleider gesteckt und für häusliche Privatdienste der Offiziere mißbraucht werden.

Alle sozialdemokratischen Anträge gingen davon aus, dem Interesse der Landesverteidigung müßten die herrschenden historischen und höfischen Rücksichten untergeordnet werden, — deshalb wurden Einheitlichkeit und Einfachheit der Ausrüstung und Gleichheit der Rekrutierung und Ausbildung verlangt. Die wichtigste Folgerung aus diesen Grundfragen ist die Abschaffung der Vorrechte, durch die sich das Gardekorps von den übrigen Truppenteilen unterscheidet. In den geschriebenen und ungeschriebenen Privilegien dieser „Elitetruppe“ zeigt sich am kräftigsten die brutale Klassenherrschaft des Junkertums. Selbst die sanftesten Nationalliberalen feuern über die offene Bevorzugung des Adels in den vornehmen Regimentern. Daß der sozialdemokratische Angriff den wundesten Punkt an dem Seereskörper traf, zeigte sich in der aufgeregten und unsicheren Art der Verteidigung. Zum Schrecken seiner Freunde gab der Kriegsminister die Erklärung ab, daß die Militärvorlage für ihn unannehmbar sei, wenn der Antrag der Sozialdemokraten angenommen würde. Unter Berlegenheitsphrasen wie „heilige Tradition“ oder „historische Werte“ zeigte sich, kaum noch maskiert, das Eingeständnis, daß die Erhaltung der angemessenen Adelsprivilegien für die Regierung wichtiger sei als die Landesverteidigung. Eine ernst zu nehmende Begründung für die Sonderstellung der Garde gibt es nicht. Im Gegenteil! Diese Elitetruppe steht an Leistungen für den Ernstfall hinter jedem namenlosen Regiment der Linie zurück; da die Garde sich aus allen Teilen des Reiches rekrutiert, wird ihre Mobilmachung erst 7 Tage später be-

endet als bei allen andern Seeressteilen. Zugunsten der Militärvorlage wird immer wieder behauptet, daß die Grenzgarнизonen verstärkt werden müßten, weil in einem Kriege die Entscheidung möglichst schnell, am besten schon in der ersten Woche, herbeigeführt werden müsse. Das Gardekorps mit seinen adligen Führern wird also erst dann eintreffen können, wenn die ersten wichtigsten Schlachten schon geschlagen sind.

In der Bekämpfung des sozialdemokratischen Antrags zeichnete sich durch besonders Eifer das Zentrum aus, das erkünstelte Bedenken aus der Reichsverfassung abzuleiten versuchte. Die Sozialdemokratie konnte nachweisen, daß vielmehr ihr Antrag nicht eine Verletzung, sondern die Durchführung des Gesetzes bezwecke. Artikel 63 der Verfassung überträgt dem Kaiser die Pflicht, für die Einheitlichkeit der Truppenausbildung und der Offiziersauslese zu sorgen. Mit dieser Vorschrift steht der Paradedrill und die Adelswirtschaft des Gardekorps in offenkundigem Widerspruch. Nur die Fortschrittler stimmten mit den sozialdemokratischen Vertretern, — alle andern bürgerlichen Parteien bewährten sich als Schutztruppe des Junkertums. Dieser Mangel an Energie und Widerstandskraft, wie er hier wieder zutage trat, verschuldet es, daß die Uebergriffe des Militarismus in das bürgerliche Leben nicht aufhören.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte, daß der terroristische Unfug des Militärboykotts aufgehoben werde. Dieses Ueberbleibsel aus den Zeiten des Sozialistengesetzes mag vielleicht vor Jahrzehnten unsere Bewegung gehemmt haben, heute ist das Militärverbot nur noch eine Maßregel zur Schädigung des Mittelstandes. Der Ausbreitung der Sozialdemokratie wird dadurch kein Hindernis bereitet; denn viele Soldaten kommen am Tage nach ihrer Dienstentlassung neugierig in die Lokale, die ihnen bisher verboten waren, und finden dort Anschluß an ihre Klammern. Wenn auch unser Vorschlag, durch Gesetz hier Wandel zu schaffen, abgelehnt wurde, so wurde doch mit liberaler Hilfe eine Resolution gegen die bisher geübte Boykottpraxis angenommen, und es hat den Anschein, daß die Regierung nachgeben und hier Vernunft annehmen will.

Neben diesen Gesetzesvorschlägen gaben die sozialdemokratischen Vertreter noch bei zahlreichen Gelegenheiten Anregungen zu Reformen, — auf dem wichtigsten Gebiete der Militärjustiz hatten sie dabei einen bemerkenswerten unmittelbaren Erfolg. Bekanntlich wurde das Zivilstrafrecht durch ein Strafgesetz vor einem Jahre gemildert. Das Militärstrafgesetzbuch dagegen enthält noch eine große Zahl geradezu barbarischer Strafmaße, die mit dem modernen Rechtsbewußtsein in schroffem Widerspruch stehen. Ein sozialdemokratischer Antrag, der ein schleuniges Teilgesetz fordert, fand aber Annahme, nur die Konserverativen stimmten dagegen, — und die Militärbehörde wird wohl noch in den nächsten Wochen die gewünschte Reformvorlage bringen.

Im übrigen haben die Versuche der Sozialdemokraten, das Heer statt durch zahlenmäßigen Zuwachs durch innere Reformen rüchtiger zu machen, weder bei der Regierung noch bei der Mehrheit Befall gefunden. Wohl ist der Beweis gelungen, daß sich die Landesverteidigung auch ohne neue Opfer, die der Bevölkerung auferlegt werden, verbessern läßt, wenn man sich dazu entschließt, mit den Vorrechten der Privilegierten aufzuräumen. Das aber ist es gerade, was höhern Ortes nicht beliebt wird, und weshalb man an dem Grundgesetz festhält: Die Masse muß es bringen!

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 28. Mai 1913.

Haß über Kopf.

Binnen 5 Wochen soll der Reichstag die Militärvorlage erledigen, den Nachtragsetat für 1913, den Seeresbeitragsentwurf zur Deckung der einmaligen Kosten, schließlich ein ganzes Bündel neuer Steuerborlagen, um das Gleichgewicht zwischen dauernden Ausgaben und Einnahmen wiederherzustellen. Die an sich fast unmögliche Arbeit wird noch durch den Umstand erschwert, daß für die Beratung der neuen Steuergesetze jede zureichende Grundlage fehlt, denn die Regierung hat noch allgemeinem Urteil in der Finanzfrage vollständig verjagt. Der in der Hauptsache nach sozialdemokratischem Rezept gearbeitete Seeresbeitrag wird ohne weiteres passieren. Von den Entwürfen, durch die dem Reiche dauernde Einnahmequellen neu erschlossen werden, dürfte nicht allzuviel übrigbleiben. Sie sind weiter nichts als qualvolle Versuche, der Vernunft aus dem Wege zu gehen, die die Schaffung

einer ausgiebigen Erbschaftsteuer oder einer ausgiebigen Vermögenssteuer oder beider zwingend gebietet. Die Vermögenssteuer will der Bundesrat nicht, die Erbschaftsteuer aber wollen die Schwarzblauen nicht, die zwar im Reichstag nicht die Mehrheit haben, deren Wille aber dem Bundesrat Befehl ist. Der Reichssekretär hat einen Ausweg aus dieser Klemme gesucht, er hat aber keinen gefunden, weil keiner existiert.

Ob bei den langwierigen Verhandlungen, die hinter den Kulissen zwischen Nationalliberalen und Schwarzblauen geführt worden sind, etwas Besseres herausgekommen ist, muß bezweifelt werden. Wenn man versucht, die Deckungsfrage mit derselben Mehrheit zu lösen, die die Militärvorlage bewilligt, so stößt man auf die große Schwierigkeit, daß man Besitzsteuern mit der Mehrheit machen muß, die die entschiedenste Gegnerin von Besitzsteuern ist. Konserverative und Zentrum wissen, daß die Besitzsteuern viel besser ausfallen werden, wenn sie statt mit ihnen mit den Sozialdemokraten gemacht werden. Nur um zu retten, was noch zu retten ist, oder richtiger, nur um zu verderben, was noch zu verderben ist, wollen sie sich am Geschäft beteiligen. Dem Reichstag des allgemeinen Wahlrechts soll auf dem Gebiete der direkten Besteuerung kein zu großer Einfluß eingeräumt, die Reichen, namentlich die Agrarier, sollen nach Möglichkeit verschont, der Rückweg zu indirekten Massenverbrauchssteuern soll offen gehalten werden. Das sind die Gesichtspunkte, nach denen die Lastträger des Zentrums ihr Verhalten einrichten. Darum erklären sie, daß die neuen Steuern noch vor Verabschiedung der Militärvorlage und mit derselben Mehrheit wie diese gemacht werden müssen, darum lassen sie in ihren Erklärungen durchblicken, daß sie die Militärvorlage scheitern lassen würden, wenn nicht nach ihren Wünschen verfahren werde.

Der Grundgedanke, der zur Verabschiedung dieses taktischen Manövers vorgeschoben wird, hat an sich keine volle Berechtigung: „Keine Ausgabe ohne Deckung.“ Will man aber diesen Grundgedanke konsequent anwenden, dann muß man neue Ausgaben so lange verschoben, bis die Deckung für sie gefunden ist. Eine Finanzreform, wie sie durch die neue Militärvorlage notwendig wird, läßt sich aber nicht in wenigen heißen Tagen einer kurzen Sommer Sitzung bewerkstelligen, und deshalb muß die Verabschiedung der Militärvorlage bis zum Herbst verschoben werden. Das wäre der allein richtige Standpunkt auch für diejenigen, die an sich bereit sind, die Militärvorlage anzunehmen.

Entweder die Militärvorlage ist notwendig oder sie ist nicht notwendig. Die Sozialdemokratie hält sie für überflüssig, ja für schädlich und bekämpft sie darum. Das Zentrum tut so, als sei es von ihrer Notwendigkeit überzeugt — wie kann es aber dann erklären, es werde die Vorlage scheitern lassen, wenn mit Hilfe der Sozialdemokratie eine ausgiebige Erbschafts- oder Vermögenssteuer beschlossen würde? Gält das Zentrum die Vorlage für notwendig und lehnt es sie trotzdem ab, weil die Reichen die Kosten tragen sollen, dann begeht es doch im Interesse der Reichen offenen und bewußten Vaterlandsberrat. Glaubst es aber, falls ihm die Art der Deckung nicht paßt, die Vorlage ablehnen zu dürfen, dann ist es verpflichtet, diesen doch offenbar nicht für unbedingt notwendig gehaltenen Militärgesetzentwurf unter allen Umständen abzulehnen.

Die Regierung will aber unbedingt schon zum 1. Oktober ihre Soldaten haben, und das Zentrum will diesen Umstand benutzen, um eine Lösung der Steuerfrage zu erpressen, die seinen Wünschen und dem Wünschen der ihm verbündeten Junker entspricht. Sofort auf indirekte Steuern zurückzugreifen, wird man allerdings nicht wagen. Dagegen besteht die Gefahr, daß die Steuerdecke mit Absicht und Vorbedacht zu kurz bemessen wird, und daß man die günstige Gelegenheit abpaßt, um sie auf Kosten des Massenverbrauchs zu ergänzen. Das Reich braucht ergebige und entwicklungs-fähige Besitzsteuern. Was man ihm geben will, ist eine spärliche und verstümmelte Scheinbesteuerung der besitzenden Klassen. Und das Reich soll das schmachliche Schauspiel erleben, daß eine lebenswichtige Frage von den Volksvertretern gleichsam zwischen Tür und Angel mit dem Keiselschlag in der Hand erledigt wird. Eine solche Stundtags-Steuerreform verstößt gegen die Würde des Reichstags und die Interessen des Reiches.

Es gibt nur eine zweckmäßige Lösung der Steuerfrage, die liegt in der Richtung, die mit dem Seeresbeitrag beschritten worden ist, in der Richtung des sozialdemokratischen Programms, das Reichseinkommen-, Reichsvermögens- und Reichserbschaftsteuern fordert. Und es gibt nur eine vernünftige Art der Geschäftsverleugung: Verschiebung der Ausgaben wie der Deckung auf das übernächste Etatsjahr. Setzt die Militärvorlage und die Steuergesetze in einem Aufwaschen zu erledigen, ist ebenso falsch, wie jetzt die Ausgaben zu beschließen und die Frage der Deckung bis auf

den Spätherbst zu vertagen. Die Regierung, die wie ein eigensinniges Kind auf der Fertigstellung der Militärvorlage zum allernächsten Termin besteht, im übrigen aber die Führung völlig verloren hat, mißte selbst nach diesem Ausweg drängen, wenn sie die ihr anvertrauten Interessen vollständig vertreten wollte. Aber in eine zeitliche Verschiebung der Heeresvermehrung zu willigen, hindert sie ihr Respekt vor dem Wehrverein, und eine Erbschaftsteuer aus den Säcken der Linken anzunehmen, hindert sie die Angst vor den Junkern. Sie zeigt viel Furcht, aber keine Besserung.

Petitionen im Reichstag.

Der Reichstag ist am Dienstag wieder zusammengetreten und Herr Kämpf eröffnete die Sommertagung gleich wieder mit einer Betonung der militaristischen Bewilligungsfreudigkeit, die er wohl als die oberste Pflicht der deutschen Volkvertretung betrachtet. Der Präsident des Reichstags hielt es für angemessen, der Budgetkommission für die „kräftige Förderung“ der Wehrvorlage zu danken, als ob er ein Kommissar des Kriegsministers wäre.

Eine Anfrage des Vorsitzenden der Polnischen Berufsvereinigung, des Abg. Sosinski, über die Haltung der oberösterreichischen Polizei beim Bergarbeiterstreik wurde von dem Vertreter des Staatssekretärs Delbrück selbstverständlich dahin beantwortet, daß der Polizei in Oberösterreich nichts ferner läge, als das Reichsvereinsgesetz oder sonst irgendein Gesetz zu verletzen. Wo wird sie denn!

Dann beriet der Reichstag Petitionen. Eine umfangreichere Debatte entspann sich zunächst über Petitionen, die die Einziehung eines Reichsreinigungssatzes oder wenigstens einer Zentralstelle zur Förderung des Abschlusses von Tarifverträgen verlangten. Unjre Genossen König und Brey sprachen sich natürlich für eine solche Institution aus, erklärten aber, daß ihre Vorbedingung ein wirklich freies Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter sein müsse, denn natürlich kann ein Einigungsamt niemals ein Ersatz für die Organisation der Arbeiter sein, sondern es könnte nur in manchen Fällen verhindern, daß Differenzen zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer durch den Kampf ausgetragen werden. Der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Herr Behrens, fand diese Haltung „eigenartig“, aber sein eigener Standpunkt erschien gleich darauf um so eigenartiger, als unjre Genossen nachwiesen, daß der christliche Gewerkschaftskongress selbst sich auf den gleichen Standpunkt wie die freien Gewerkschaften gestellt hat!

Man überwieß diese Petitionen zur Berücksichtigung und beriet dann Petitionen, die eine Erhöhung des als unpfändbar geltenden Existenzminimums der Arbeiter und Angestellten forderten. Hier kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Interessen der Arbeiter und Angestellten, die durch verschuldete Notlage der Möglichkeit beraubt werden, ihre Schulden zu bezahlen und den Interessen der Gewerbetreibenden, die hierdurch geschädigt werden. In der Mehrzahl der schwereren Fälle von solchen Schädigungen dürfte es sich aber eher um Leute handeln, die ihre Schulden nicht bezahlen wollen. Für diese Leute sich einzusetzen, fiel unjren Genossen Siebel und Koch natürlich nicht ein, wohl aber traten sie energisch dagegen auf, daß Arbeitern und Angestellten, die in Not geraten, auch noch ihr Lohn weggenommen werden könne. Die Sozialdemokratie blieb mit dieser Stellungnahme ziemlich allein und die Parteien des schwarzen Blodes taten sich nach der Reichsfinanzreform, den Bucherzöllen und den Rüstungsabermittlungen als die einzig wahren Mittelstandsfreunde auf, während die Nationalliberalen ihren Angestelltenführer Marquart im Stiche ließen. Unser Antrag auf Ueberweisung der Petitionen zur Berücksichtigung wurde abgelehnt und nur Material beschloffen.

Endlich beschäftigte man sich noch mit der Frage der Unterstellung der Gärtnerei unter die Gewerbeordnung, kam aber hier zu keinem Beschluß. Am Mittwoch sollen die elsass-lothringischen Ausnahmegeetze infolge unjrer Interpellation besprochen und dann das Staatsangehörigkeitsgesetz beraten werden.

Reform des Militärstrafgesetzes.

Als am letzten Freitag die Sozialdemokraten in der Budgetkommission des Reichstags eine Reform des Militärstrafgesetzes forderten und einer entsprechenden Resolution zur Annahme verhalfen, wurde ihnen von der Regierung entgegengehalten, daß das Militärstrafgesetz erst nach dem Zivilstrafgesetz reformiert werden könnte. Da die Reform des Zivilstrafgesetzes wahrscheinlich kaum vor 1917 in die Wege geleitet werden wird, wäre dann auch die Milderung der barbarischen Strafverurteilungen des Militärstrafgesetzes glücklicherweise bis zum Stimmereinstieg verschoben.

Man aber hat die Regierung den Grundsatz, daß bis zur organischen Reform der gesamten Strafgesetzgebung nichts verändert werden dürfe, selbst durchbrechen, indem sie am Dienstag im Reichstag einen Gesetzesentwurf gegen den Verrat militärischer Geheimnisse einbrachte.

Man erlebt hier wieder das wohlbekannte Schauspiel, daß sogenannte Grundzüge geboten oder auch ignoriert werden, je nachdem es den maßgebenden Stellen in den Kreisen paßt oder nicht. Eine Verschärfung der Strafen wegen Verrats militärischer Geheimnisse mag ja nach den letzten Erfahrungen als eine Legitimation für sich haben, aber eine Befreiung der Militärstrafgeetze von Rückständen aus der Zeit der Barbarei ist jünger nicht minder notwendig. Wenn das eine geht, geht auch das andre.

Es muß daher gefordert werden, daß dem Gesetzesentwurf gegen den Verrat militärischer Geheimnisse ein Gesetzesentwurf zur Beseitigung des Militärstrafrechts unmittelbar folgt. Die sozialdemokratische Resolution ist mit allen gegen die Stimmen der Kontraktion angenommen worden: die bürgerlichen Parteien konnten ihr Verbot erzwingen, noch die Heeresvorlage verabschiedet ist.

Wahlenthaltbarkeit.

Aus den verschiedensten Teilen Preußens liegen auch diesmal wieder Ziffern vor, die die geradezu lächerlich geringe Beteiligung an den Landtagswahlen, speziell bei den Bürgerlichen, erkennen lassen. So haben beispielsweise in der Stadt Köslin nur 22 Prozent der Berechtigten gewählt, und davon waren 45 Prozent Sozialdemokraten. In der typischen Mittelstandsgegend der Stadt haben von den selbständigen Kaufleuten 4 von 30, von den Handwerkern und Gewerbetreibenden 8 von 71, von den Verkäufern 1 von 8, von den Beamten 2 von 13, von den Arbeitern 31 von 179, von den Handlungsgehilfen und Kellnern niemand abgestimmt. Auch der spärliche Besuch der wenigen im Wahlkreis abgehaltenen Wählerversammlungen zeigte die vollständige Teilnahmslosigkeit, mit der die Bevölkerung den Landtagswahlen gegenübersteht.

Das „Berliner Tageblatt“ stellt fest, daß sich gerade die liberalen Wähler stark zurückgehalten haben. In Köslin, wo der freisinnige Kandidat bei der letzten Reichstagswahl fast 2000 Stimmen erhielt, wurden nur 201 freisinnige Stimmen abgegeben.

Besoldungsreform in Elsass-Lothringen.

Gleich nach Eröffnung des neuen Landtags unterbreitete die Regierung dem Parlament eine Besoldungsreform, an der die beiden Kammern nahezu 2 Jahre gearbeitet haben. Mehrmals schon drohte die Vorlage zu scheitern. Die Zweite Kammer stimmte einer Erhöhung der Gehalte der untern und mittleren Beamten zu, während an den Gehältern der höchsten Beamten Abstriche gemacht wurden. Dem widersetzte sich die Regierung und die Erste Kammer. In der Dienstagssitzung unterbreitete die Budgetkommission nun dem Plenum einen Kompromißantrag, dem alle Parteien mit Ausnahme der Lothringer zustimmten. Danach erhalten die Unterbeamten eine Erhöhung ihrer Gehalte, während an den höhern Gehältern einige Abstriche gemacht werden. Derjenige Punkt, an dem das Gesetz zu scheitern drohte, die Abstriche an den Ministergehältern, wurde in der Weise geregelt, daß die Gehalte geteilt werden, und zwar in pensionsfähige und nicht pensionsfähige.

Die Lothringer und einige nationalistisch-kerikale Abgeordnete versuchten in letzter Minute noch, dem Gesetz, das gegenüber dem früheren Zustand eine wesentliche Verbesserung bringt, Schwierigkeiten zu machen, so daß der Zentrumschef alle Mühe hatte, seinen Fraktionsgenossen den Ernst der Situation und die Notlage der untern Beamten plausibel zu machen. Unser Redner, Genosse Peirotes, erklärte die Zustimmung seiner Fraktion, die Positives leisten und die untern Beamten nicht wegen der Halsstarrigkeit der Regierung und der Ersten Kammer weiter Not leiden lassen wolle. Kein aus sozialen Gründen stimmen die Sozialdemokraten für das Gesetz. Wenn nicht das für die Unterbeamten erreicht wurde, was die Sozialdemokraten gewünscht hätten, so ist die Schuld in erster Linie dem größten Leide der Zentrumsfraktion und dem Lothringer Bloß zuzuschreiben. In der namentlichen Abstimmung wurde die Besoldungsreform, die dem Volk im Gegensatz zu Reformen in andern Staaten keine Mehrbelastung bringt, mit 34 Stimmen bei 15 Enthaltungen angenommen.

In derselben Sitzung wurde die dritte Lesung der Lehrsatzzulagen an Beamte und Lehrer erledigt. Das Zentrum hatte eine Lehrsatzzulage für Geistliche in diese Vorlage hineingeschmuggelt. Von sozialdemokratischer Seite wurde zu diesen Geistlichen-Zulagen beantragt, die Mittel dafür sollen auf dem Wege kirchlicher Umlagen aufgebracht werden, die von den Mitgliedern der drei anerkannten Konfessionen in Form von Zuschlägen zu den direkten Steuern erhoben werden. Ferner hatte die sozialdemokratische Fraktion, um den Austritt aus der Kirche zu ermöglichen, beantragt, daß Mitglieder der Religionsgemeinschaften, die zu Protokoll des Bürgermeisters ihren Austritt aus der Kirche erklären, vom 1. April des folgenden Jahres ab von der Entrichtung dieser Kirchensteuer befreit sein sollen. Diese sozialdemokratischen Anträge wurden mit 36 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Darauf wurden dann die Lehrsatzzulagen für Beamte, Lehrer und Geistliche angenommen.

Ein Dreijähriger als Rekrutenschinder.

Aus Hannover wird uns geschrieben: Der im Oktober v. J. bei der 2. Eskadron des Königsulaaen-Regiments (1. Hannoversches) Nr. 13 eingetretene Man Busse hat bis jetzt eine qualvolle Rekrutenzeit mitmachen müssen. Von den älteren Mannschaften, in erster Linie den Dreijährigen, ständig geschürigelt und zu allen niedern Arbeiten für diese herangezogen, blieben ihm auch Mißhandlungen und schimpfliche Beleidigungen nicht erspart. Sein Hauptpeiniger, für den er auch Stiefel und Sachen putzen mußte, war der im dritten Jahre dienende, aus Laingen bei Königsutter (Kreis Helmstedt) gebürtige Gefreite Erich Däumeland, der sich beispielsweise in mindestens zwei Fällen des Vergnügens leistete, den Busse nach dem Tode seines Vaters zu fragen. Wenn dann Busse wahrheitsgemäß antwortete: „Herrschafflicher Knutscher“, wurde er von Däumeland so lange mit einem Stocke geprügel, bis er sagte: „Mein Vater ist Müllhändler!“

Am 2. März morgens hatte Busse im Remoniestall zu tun. Hierbei erhielt er von hinten einen Schlag über den Kopf, der auch das linke Auge traf und ihn laut aufschreien und Besinnungslos in die Knie sinken ließ. Der hinter ihm stehende Gefreite Däumeland, der den Schlag geführt hatte, fing ihn auf und führte ihn zum Strassen, wo er ihm die Wunde kühlte und Busse sich mehrmals erbrechen mußte. Däumeland brachte hierauf den Busse nach dessen Stube, wobei er unterwegs zu ihm sagte, er wolle darüber nichts Laus werden lassen, daß er ihn geschlagen habe. Busse sollte vielmehr sagen, er sei gestürzt und mit dem Gesicht auf eine Rolbe gefallen. Busse hat sich dann bis zum Nachmittag hingehockt und wiederholt erbrochen, bis ein

Sergeant Kenntnis von seinem Zustand erhielt und hierauf seine Ueberführung ins Garnisonlazarett stattfand.

Gegen den gewalttätigen Gefreiten wurde eine Untersuchung eingeleitet und die Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung (§ 224), Nötigung und versuchter Verleitung zum Belügen eines Vorgesetzten erhoben. In der Untersuchung und auch in der Hauptverhandlung blieb Däumeland bei der Ausrede, er habe nur nach einem ausseilenden Pferde mit einem Deckgut schlagen wollen und hierbei aus Versehen den Busse getroffen. Die übrigen Delikte, auch die früheren Ausschreitungen gegen Busse, wurden von ihm glatt bestritten. Fast schien es, als solle Däumeland mit dieser Verleibigung Glück haben, da die Anklage nur auf der Aussage des Verletzten Busse stand und die übrigen als Zeugen erschienenen Mannen negative Befundungen machten, bzw. eine unfällige Zurückhaltung an den Tag legten. Busse, der, nicht aus dem Lazarett entlassen werden konnte, war aber in der Hauptverhandlung in der Lage, noch einen ihm mitgeteilten Satzzeugen den Rekruten Stoltenfuß, nennen zu können, den das Gericht sofort aus der Kaserne holen ließ. Dieser Zeuge, der sich vorher aus Furcht vor den alten Leuten nicht meldete, befandete, daß D. mit einer Trense von hinten direkt nach Busse, nicht nach dem Pferde geschlagen habe. Dieser bestimmten, einwandfreien Aussage gegenüber brach das Lügengebäude des Angeklagten zusammen. Wie der eine Sachverständige, Stabsarzt Osteroth, befandete, ist bei Busse die Sehfähigkeit des verletzten linken Auges nur noch in sehr geringem Grade vorhanden und für das praktische Leben so gut wie verloren. Auch das gesamte Sehvermögen des Verletzten ist noch so angegriffen, daß er auf der Straße geführt werden muß.

Das Kriegsgericht hat hierauf den Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung, Nötigung und versuchter Verleitung zum Belügen eines Vorgesetzten zu einer Gesamtstrafe von sieben Monaten Gefängnis beurteilt. Von dem Vertreter der Anklage war eine Gesamtstrafe in Höhe von 18 Monaten beantragt gewesen.

Es verdient noch erwähnt zu werden, daß durch die Zitierung des Rekruten Stoltenfuß eine Reihe wissenschaftlicher Meinende verhindert wurde, denn die Befundungen dieses Zeugen schlugen bei den übrigen Zeugen wie ein Blitz ein und es erfolgten verschiedene nachträgliche „Berichtigungen“ der bereits gemachten Aussagen. Auf einen dieser Zeugen wirkte die Veränderung der Sachlage derart, daß er elend wurde und aus dem Verhandlungsaal geführt werden mußte.

Auf falscher Fährte.

Trotz aller Drohungen und Strafen dauern die Manifestationen der französischen Soldaten fort. Die Halbstarren, aus denen sich das Ministerium Barthou zusammensetzt, glauben oder wollen glauben, daß irgendeine geheime und mächtige Organisation hinter der Unzufriedenheit der Soldaten steckt. Der erste beste Polizeikommandant des letzten Reichspräsidenten auf diese Leute wie eine Offenbarung.

Seit 10 Jahren bestehen in den französischen Gewerkschaften sogenannte „Sou du Soldat“, das sind Kassen, aus denen die beim Militär stehenden Mitglieder von Zeit zu Zeit kleine Unterstüßungen erhalten. Die Kerikalen und Nationalisten fingen mit den Unterstüßungen an. Für sie galt es, mit Hilfe der Offiziere die Soldaten für ihre Sache zu gewinnen. Der französische Soldat bekommt als Nahrung täglich 4 Pfg., was kaum für den Tabak reicht. Daß der arme Teufel denen erkenntlich ist, die ihm von Zeit zu Zeit ein „weißes Geldstück“ austreten, ist leicht erklärlich. Auf dieser einfachen Rechnung baute sich der Plan der Reaktionen auf. Die Sozialisten und die Gewerkschaften begannen darauf eine Gegenagitation. Sie wurden dabei im Anfang von der Regierung sogar unterstützt, die ein monarchisches Promoniaments der Armee befristeten.

Wald aber trat die Regierung dieser Agitation, die zur Domäne der Gewerkschaften wurde, entgegen. Denn die Gewerkschaften, denen man Militär zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ oder zum Streikbruch entgegenstellte, begnügten sich nicht mit einer „republikanischen“ Propaganda, sondern sagten ihren beim Militär dienenden Mitgliedern: „Auch wenn Du den Soldatenrod trägst, vergiß nicht, daß Du ein Arbeiter bist und wieder in die Fabrik zurückkehren wirst. Verhalte Dich so, daß Du Dich nicht zu schämen haben wirst, wenn Du den Soldatenrod mit der Bluse vertauschen wirst.“ Das war „Verleitung zum Ungehorsam“. Es gab freilich Agitatoren, wie Briand, die noch weiter gingen und den Soldaten rieten, statt auf die Streikenden, auf die Offiziere zu schießen, die ihnen einen solchen Befehl geben würden.

Aber von solchen berechneten oder unberechneten Uebertreibungen abgesehen, beschränkte und beschränkt sich die Agitation der Gewerkschaften in den Kasernen auf die Entsendung eines fünfmonatigen alle Viertel- oder alle Halbjahr, denen manchmal ein Zirkular in dem von uns gekennzeichneten Sinne beigegeben ist. Und weil die Konföderation der Gewerkschaften gegen die 3jährige Dienstzeit Stellung genommen hat glaubt die Regierung oder will sie glauben machen, daß die Gewerkschaften die Organisatoren der Soldatenmanifestationen sind.

Und so hat die Polizei in den Gewerkschaftsbureaus Einbruch verübt. Der Einbruch ist ungesetzlich, denn Hausdurchsuchungen dürfen nur im Beisein der Besitzer vorgenommen werden. Aber an solchen Kleinigkeiten stören sich die nominellen Hüter der Gesetze nicht. Dieses Vorgehen beweist zunächst, wie schlecht die Regierung von ihren Polizeipräsidenten bedient wird. Denn die Unterstüßungen und Zirkulare werden weder von der Konföderation noch von den Gewerkschaftsleitungen, sondern von den Syndikaten und Sektionen, manchmal auch von den Arbeitsbüros (Gewerkschaftskartellen) an die beim Militär stehenden Mitglieder verschickt. Die Polizei konnte also bei ihrem ungesetzlichen Einbruch nichts finden. Was man fand oder finden konnte, waren Flugblätter oder Broschüren, die sich an Mitglieder oder Unorganisierte richteten. Es wurden auch Hausdurchsuchungen bei bekannten Gewerkschaftsführern vorgenommen. Das Resultat war natürlich ebenso negativ. Da die Polizei aber nun einmal etwas beschlagnahmen wollte, suchte sie aus den Privatbibliotheken alle „gefährlichen“ Druckschriften heraus. Genosse Nicolet, der Sekretär des Bauarbeiterverbandes, bei dem die Polizei eine Druckschrift eines bekannten Anarchisten beschlagnahmte, bot dem hausdurchsuchenden Kommissar ironisch die auf dem Schreibtisch liegende Bibel an, in der noch viel gefährlichere Sachen ständen.

Diese Hausdurchsuchungen und Einbrüche beweisen, daß trotz der Polizeikommanden, die die Regierungspresse veröffentlicht, noch nicht

einmal der Anfang eines Schulbeweises gegen die Gewerkschaften vorliegt, denn sonst hätte man ohne weiteres Verhaftungen vorgenommen. Wenn die Polizei aber Verantwortliche für die Soldatenmanifestationen finden will, dann soll sie einmal im Kriegsministerium suchen.

Diese Komplottrichter beweist ferner, daß die französische Regierung den Charakter der französischen Soldaten fast ebenso ignoriert wie die Korrespondenten der deutschen bürgerlichen Presse. Das französische Kasernenleben hat nicht nur seinen eigenen Sarg, sondern auch seine eigenen Sitten, die jeder lernen und denen sich jeder fügen muß, vom gemeinen Soldaten bis zum Feldwebel, und denen auch die Offiziere Rechnung tragen müssen. Diese Sitten des französischen Kasernenlebens beruhen außerhalb der eigentlichen Dienstzeit hauptsächlich auf einer etwas lärmenden Offenheit und auf der freiwilligen Unterordnung unter die Intelligenz. Im Kasernemaal registriert nicht, wer den höchsten Grad hat, sondern wer der Gescheiteste ist, vorausgesetzt, daß er damit keinen unzulässigen Gebrauch macht. Ein Unteroffizier erzwingt sich nur dann Gehorsam — obwohl er selbstverständlich Arreststrafen verhängen kann —, wenn er seine Leute überzeugt, daß die von ihm getroffenen Anordnungen auch vernünftig sind. Es kommt vor, daß ein Unteroffizier wegen Nichtausführung eines ihm erteilten Befehls bestraft wird, weil die Soldaten seinen Anordnungen keine Folge leisteten. Die Soldaten würden natürlich schwer bestraft werden, wenn sie der Unteroffizier zur Anzeige brächte, aber das wird ein Unteroffizier nur in den seltensten Fällen tun. Das Schlagen Untergebener oder die Brutalisierung der jungen Mannschaft durch die alte sind in der französischen Armee unbekannt. Dagegen haben wir beim Gegerieren schon beobachtet, daß die Mannschaft, als sie müde war, einfach aufhörte. Der vorgesehene Sergeant ließ sie ruhig rasten, und in der Nähe insizierende Leutnant tat, als ob er nichts gesehen hätte. Wirklich gehänselt und alle unangenehmen Arbeiten aufgehäuft bekommt nur, wer den Mund hält und schweigend allen Befehlen nachkommt.

Nicht minder ausgeprägt ist bei den französischen Soldaten das Solidaritätsgesühl. Wenn einer einmal Prügel bekommt, dann ist es der Demütigung. Von rein militärischem Standpunkt betrachtet, sind die in der Kaserne zur lärmenden Kritik geneigten jungen Leute jedoch ausgezeichnete Soldaten. Wirkliche militärische Übungen, die die kriegsmäßige Ausbildung betreffen, werden mit der größten Hingebung und Ausdauer ausgeführt. Ueber die Ausdauer und Intelligenz der französischen Truppen bei den Manövern sind die militärischen Kritiker aller Länder einig. Es bedurfte also keinerlei „Sache“, um die lärmenden Proteste der Soldaten angesichts der angeblichen Dienstverlängerung hervorzuheben. Der französische Soldat weiß sehr wohl, daß er im zweiten Dienstjahr nur wiederholt, was er im ersten getan hat, und daß ein drittes Dienstjahr nur eine sinnlose Zeitvergeudung ist, die er nicht auf sich nehmen will. Die französische Regierung, die allein das nicht zu wissen scheint, befindet sich also auf falscher Fährte, wenn sie in den Gewerkschaftsbureaus nach den Urhebern der Soldatenmanifestationen suchen läßt.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. Mai 1913.

Die Gliederung der deutschen Lohnarbeiterschaft.

Aus Anlaß des Erscheinens des letzten der 10 Bände des Quellenwerkes über die große Berufsabteilung vom Jahre 1907 beginnt das Maiheft des „Reichs-Arbeitsblatts“ eine zusammenfassende Darstellung über die Gliederung der deutschen Lohnarbeiterschaft. Zunächst wird die Stellung der Lohnarbeiterschaft und der Dienenden im Kreise der übrigen sozialen Schichten vorgeführt. Bei Einbeziehung der Angehörigen umfaßt die Arbeitererschaft 29,8 Millionen oder fast die Hälfte der 61,7 Millionen betragenden Gesamtbevölkerung. Die über halb so große 16,9 Millionen erreichende Schicht der Selbständigen baut sich auf diese breitere Gruppe der Lohnarbeiter auf. Daneben stehen als besondere Gruppen die Rentner und Beruflosen, die Angestellten wie die im Betriebe des Familienhauptes mithelfenden Familienangehörigen; je über 4 Millionen entfallen auf sie. Des weitern werden sodann die 15 Millionen Personen, die lohnverwendend oder dienend tätig sind, näher nach dem Geschlecht wie nach den Berufsgruppen betrachtet. Die landwirtschaftlichen Tageslöhner und Knechte sind trotz Heranziehung ausländischer Arbeiter 1907 um fast 400 000 geringer an Zahl als die bei der vorhergehenden Verfassung ermittelten männlichen Lohnhelfer. Von den übrigen 8,8 Millionen männlichen Lohnarbeitern und Dienenden sind 7 Millionen in Industrie und Bergbau, 1 Million in Verkehr und Handel beschäftigt. Von den insgesamt 4,7 Millionen lohnarbeitenden Frauen finden sich 1,45 Millionen in der Industrie, 1,41 Millionen in Land- und Forstwirtschaft und 1,25 Millionen im Dienstbotenberuf. Durch Eingehen auf die Altersgliederung der Lohnarbeiterschaft wird schließlich gezeigt, daß sich die ziffermäßige Ueberschiebung der Arbeitererschaft über die Gruppe der Selbständigen aus der Breite der Schicht der unter 30jährigen Arbeiter ergibt. Innerhalb der mehr als 50 Jahre alten Gruppe der Erwerbstätigen finden sich mehr Selbständige als Lohnarbeiter. An über 40 Jahre alten männlichen Arbeitern beschäftigen Land- und Forstwirtschaft 600 000, die übrigen Erwerbszweige 2 Millionen. An unter 40jährigen dagegen zählt die Land- und Forstwirtschaft 1,3 Millionen Männer, die übrigen Berufe weisen 6,26 Millionen männlicher Hilfskräfte dieses Alters auf. Im ganzen sind etwa ein Viertel der lohnarbeitenden Männer über 40jährig, drei Viertel aber stehen unter dieser Altersgrenze.

Von der Straßenbahn. In der letzten Zeit sind für die im Verkehrsverhältnis stehenden Angestellten Instruktionen in größerem Umfang erteilt worden. Nach Ansicht der Direktion wird der Dienst, der bei diesen Leuten 12 bis 13 Stunden beträgt, nicht so ausgeführt, wie es die Direktion und angeblich auch ein Teil des fahrenden Publikums zu verlangen hat. Wenn gleich zugegeben werden soll, daß unter diesen meist noch sehr jungen Leuten viele sind, die sich wenig oder gar nicht zum Schaffner oder Wagenführer eignen, so gebietet es die Gerechtigkeit doch, zu sagen, daß das Verlangen der Direktion zu weit geht. Wenn sie verlangt, die Leute sollen im Verkehr mit dem Publikum eine gewisse Artigkeit und Befcheidenheit an den Tag legen, so ist das selbstverständlich. Unter allen Umständen aber untertänig und gehorsam zu sein, das würde in vielen Fällen doch gegen die allgemeinen Dienstvorschriften verstoßen. Nicht immer können die manchmal recht starken Zumutungen der Fahrgäste ohne Erwiderung hingenommen werden. Schon die Erhaltung der Prospektive zwingt die Angestellten dazu, im Verkehr mit dem Publikum den nötigen Takt zu walten; darüber sollte selbst die Direktion keinen Augenblick im Zweifel sein. Deshalb waren die Instruktionen in der letzten Zeit wirklich recht überflüssig.

Unfall. Der Arbeiter F. Alt, wohnhaft Bergstraße 22, zog sich am Dienstag nachts auf dem Kruppwerk dadurch, daß ein überladener Wagen nach hinten kippte, eine größere Fleischwunde am rechten Unterarm zu. Mittels Sanitätswagens wurde der Verletzte nach der Krankenanstalt Subenurg gebracht.

Nicht im Viktoria-Theater werden, wie es gestern irrlich in einer Notiz hieß, am Montag und Dienstag nächster Woche „Im Manöver“ und „Aus der Art geschlagen“ zu ermäßigten Preisen aufgeführt, sondern im Wilhelm-Theater. Die Preise betragen, wie noch einmal wiederholt sei: erstes Parterre anstatt 1,05 = 75 Pf., zweites Parterre anstatt 1,05 = 55 Pf. Die Karten sind in der Buchhandlung Volksstimme zu entnehmen.

Im Viktoria-Theater gelangt die „Generalsede“ am Sonntag nachmittag zu ganz kleinen Preisen zur Aufführung. Karten hierzu sind im Arbeitsekretariat und in der Buchhandlung Volksstimme zu haben.

gr. Städtisches Orchester. Das gestrige Konzert im Wilhelm-garten wurde wegen des Gewitters nach dem ersten Teil abgebrochen. Es war das infolgedessen recht bedauerlich, als Professor Krug-Waldsee für den geplanten „Wagen-Abend“ ein vielseitiges und inhaltreiches Programm aufgestellt hatte, das Wagner ziemlich umfassend behandelte und speziell dem „Ring des Nibelungen“, Wagners umfangreichstem Werk, größern Raum bot. Vielleicht läßt sich gerade dies Programm wiederholen, das die Wagnerfreunde in so großer Zahl nach dem Wilhelmgarten führte. Der erste Teil des Programms berücksichtigte „Lohengrin“, „Tannhäuser“ und „Lienzi“, aus dieser Oper den hier selten gehörten Chor der Friedensboten und die orchesterl. sehr gestaltete Ballettmusik. Gespielt wurde sorgfältig. Das Vorkonzert muß ziemlich gründlich gewesen sein.

Spurlos verschwunden. Seit Montag nachmittag wird der 10 jährige Sohn des Drehers F. Hopp, wohnhaft Fichtestraße 5, vermisst. Der Junge war bekleidet mit blau gestreifter Walchbluse, Kniehose, schwarzen Strümpfen und einer schwarzen Mütze. Nachrichten über den Verbleib des Knaben werden an die obige Adresse erbeten.

Und sie genas eines Knäbleins! Auf der Fahrt nach der Entbindungsanstalt am Subenurger Tor wurde am Dienstag eine junge Frau in einem Straßenbahnwagen von ihrer schweren Stunde überrascht. Sie genas eines Knäbleins. Einige weibliche Fahrgäste bemühten sich um die Frau und halfen ihr, so gut es ging, über die peinliche Situation hinweg.

Ein Durchbrenner. Am Dienstag abend gegen 6 Uhr kam in vollem Galopp ein Pferd der Firma Altmann, Obenstedter Straße, vom Gehöft der Firma heruntergepresst und erging sich auf der Straße, offenbar aus Freude über die goldene Freiheit, in den wunderlichsten Kapriolen. Alle Versuche, den Durchbrenner einzufangen, scheiterten an der Fröhlichkeit, mit der sich das des Zaumes und Alltags ledige Pferd seinen Besorgern zu entziehen suchte. Bei dem Versuch, einem Straßenbahnwagen auszuweichen, kam der Durchbrenner schließlich zu Falle, worauf er, nach Verbrauch einer Portion „langen Saisers“, dem schließlichen Stalle wieder zugeführt wurde.

Wäscherebrand. Auf eine Feuermeldung rückte am Dienstag nachmittag Löschzug 1 nach Obenstedter Straße Nr. 65 aus. In einem Wadenzimmer stand ein Koch mit Wäsche zu nahe am Ofen und hatte dadurch Feuer gefangen. Die Gefahr wurde schnell beseitigt.

Giebelsturz. Gestern nachmittag gegen 2 Uhr überfuhr auf dem Südbahnhof, wie schon gestern kurz gemeldet, ein leerer Eisenbahnwagen beim Rangieren den Prellbock eines toten Gleises und stieß gegen das etwa 3 Meter hinter dem Prellbock stehende Hausgrundstück Elbstraße 9. Hierdurch stürzte die südöstliche Giebelwand des Hauses ein, auch wurde dasselbe außerdem stark beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Ein schmerzlicher Verlust. Eine Frau hat am 24. Mai in der Zeit von 12 1/2 bis 1 Uhr nachmittags in der Kaiser-Friedrich-Straße, Ecke Goethestraße, aus dem Kinderwagen eine silberne Gänsetasche, aus deren Hügel sich zwei blaue Steine befanden, nebst langer silberner Kette im Werte von 140 Mark verloren. In der Tasche hat sich eine silberne Geldbörse mit einem Fünftelmarkstück befunden. Die Tasche soll von drei Schulmädchen gefunden sein, die sie wieder einem erwachsenen Mädchen, anscheinend einem Dienstmädchen, das angegeben hat, die Tasche im Fundbüro anmelden zu wollen, übergeben haben. Mitteilungen über den Verbleib der Tasche erbitet die Kriminalpolizei, die auch die Kinder ersucht, sich bei ihr zu melden.

Gestohlen wurden aus einem Kontor in der Grandstraße ein goldener Siegelring mit grünem Stein; vom Hofe des Grundstücks Schwibbogen 2 ein grauer Handleitwagen; aus dem Auskleideraum der Wadenzimmer von Nordt eine silberne Herren-Memontourne mit Goldrand nebst Kette.

Konzerte, Theater &c.

(Mitteltönen der Direktoren.)

Viktoria-Theater. Hiermit sei nochmals auf das am heutigen Mittwoch stattfindende Gastspiel des beliebten Komikers Franz Arnold und des jugendlichen Komikers Reinhold Häußermann, beide vom Lustspielhaus in Berlin, aufmerksam gemacht. In Szene geht der lustige Schwan „Die spanische Fliege“, welches Stück hier eine Ueberschwengung erlebt. Herr Ernst Bach, Oberregisseur am Berliner Lustspielhaus, leitet die Inszenierung dieses Stückes. Donnerstag den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet die letzte Aufführung von „Die verunkelte Glocke“ statt. Freitag den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, große Doppelvorstellung „Im weißen Rössl“ und „Als ich wieder kam“ mit Franz Arnold als Geselle in seiner Glanz- und Paraderolle.

Wilhelm-Theater. Am Donnerstag und Sonnabend sind Wiederholungen des erfolgreichen Schauspiel „Aus der Art geschlagen“; am Freitag ist die erste Aufführung der Bauernposse „Im Manöver“ und am Montag die erste Wiederholung hiervon. Am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, kommt „Der Wunderdoktor“, abends 8 Uhr „Der Lehrer von Seepitz“ zur Darbietung.

Die Gesellschaft der Charonfreunde hat ihre nächste Sitzung am Sonnabend den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Café Gottschling (Alter Markt). Alle Freunde deutscher Dichtung sind willkommen. Besuch ohne jede Verpflichtung. Eintritt frei. Das Programm ist sehr interessant.

Sport und Spiele.

Wettspiele. Am Sonntag den 1. Juni findet auf dem Spielplatz der Turnerschaft Magdeburg (A.-Z.), Lübecker Straße 64, früh 8 Uhr ein Barlauf-Wettspiel der Abteilungen Subenurg-Neue Neußadt, um 9 Uhr ein Fußball-Wettspiel der Abteilung Alstadt-Freie Turner Bennedenbed statt. Nachmittags Gesellschafts-Liebungsspiele. Gäste herzlich willkommen.

Letzte Nachrichten.

Manöver der Blauschwarzen.

Spb. Berlin, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Die Budgetkommission des Reichstags verhandelte heute über die am Montag offenebliebene Frage, ob zuerst die zweite Lesung der Militärvorlage oder die Deckungsvorlage verhandelt werden soll. Die Konservativen erklärten, daß sie nicht in der Lage seien, die Militärvorlage zu verabschieden, solange nicht die Frage der Deckung geklärt sei. Sie richteten an die Vertreter der Regierung die Anfrage, ob bei der Regierung der Wunsch bestünde, daß die Militärvorlage bis Ende Juni erledigt werde. Die Konservativen hielten an ihrer Stellung fest, auch wenn dieser Wunsch der Regierung bestünde. Die Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten erklärten sich für die zweite

Lesung der Militärvorlage. Diese wurde beschlossen. Das Zentrum ließ darauf erklären: Da jetzt gegen unsere Willen die zweite Lesung der Militärvorlage vor der Deckungsfrage zur Beratung kommt, werden wir unsere Abstimmungen nur als vorläufige ansehen. Unsere endgültige Stellung zur Militärvorlage wird bestimmt von der Lösung der Deckungsfrage. Die Kommission trat dann in die zweite Lesung der Militärvorlage ein.

Ab. Garbelegen, 28. Mai. Gestern abend ging hier ein schweres Gewitter nieder. In Seggerde wurde das auf dem Felde arbeitende Dienstmädchen Milba Kempe vom Blitz erschlagen und ein neben ihr arbeitendes Mädchen betäubt.

Ab. Hannover, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Der Pilot Horn, der heute früh auf einem Grabe-Eindecker einen Ueberlandflug ausführen wollte, ist aus einer Höhe von 150 Metern abgestürzt und war sofort tot.

Ab. Belgrad, 28. Mai. Hier ist alles vorbereitet, um gleich nach dem heutigen Epöse Paschitschs jeder Eventualität, auch einem Krieg, entgegenzutreten zu können. Alle militärischen Dispositionen sind getroffen. Neben dem dritten Aufgebot sind alle aus irgendwelchen Gründen beurlaubten Offiziere und Mannschaften einberufen. Hier herrscht der allgemeine Wunsch nach sofortiger endgültiger Uebernahme mit Bulgarien. Die gesamte Deffentlichkeit, insbesondere die Offizierskreise, wollen von irgendwelchem Ubtreten eroberter Gebiete nichts wissen. In informierten Kreisen verlautet, das Epöse werde die Revision des Bündnisvertrags verlangen, und zwar nicht nur zwischen Serbien und Bulgarien, sondern zwischen allen Verbündeten.

Paris, 28. Mai. Bei der Kammerberatung über die Kreditforderungen für den bei den Fahnen 1 Jahre länger zurückzubehaltenden Jahrgang 1910 der dienenden Soldaten brachte der radikale Abgeordnete Jacquier den Antrag ein, die noch im laufenden Jahre notwendig werden den 283,5 Millionen Frank durch eine außerordentliche Einkommensteuer zu decken, die alle Einkommen über 5000 Frank treffen, mit 2 v. H. des Einkommens beginnen und für die Einkommen über 125 000 Frank bis zu 25 v. H., d. h. bis zu einem vollen Viertel des Einkommens steigen soll. Diesem Antrag gegenüber befindet sich die Regierung in einiger Verlegenheit. Sie kann unmöglich die reichen Leute bis zu einem Viertel ihres Einkommens brandschlagen, andererseits aber muß sie fürchten, dem Volke offen als Beschützerin der Kapitalisten zu erscheinen, wenn sie dem Vorschlag entgegentritt, der der Unterdrückung fast aller Radikalen und Radikalistinnen und selbstverständlich sämtlicher geeinigter Sozialisten sicher ist.

Paris, 28. Mai. Mehrere kleinere Zwischenfälle haben sich wieder in den Kasernen verschiedener Garnisonorte ereignet, so in Auxerre beim vierten Regiment, wo namentlich mehrere Gefreite festgenommen wurden, weil sie ihre Sympathie gegenüber den Demonstranten von Loul kundgegeben hatten. — In Cahors im Süden des Landes wurden zahlreiche kleine Bettel an die inneren und äußeren Kasernenmauern angehebt, auf denen die Leute zum Ungehorsam aufgefordert wurden. Eine Untersuchung hat über die Urheber noch nichts ergeben. Uebrigens Vorkommnisse ereigneten sich in Luneville, Montpellier, Nancy usw., doch fanden keine empfindlichen Aufhebungen statt.

Paris, 28. Mai. Die Lage zwischen den Balkanstaaten ist, wie der augenblicklich hier weilende bulgarische Finanzminister Theodorow einem Mitarbeiter des „Welt Paris“ in einem Interview erklärte, äußerst gespannt und der Ausbruch eines Konflikts wird jeden Augenblick befürchtet. Theodorow erklärte im Verlauf der Unterredung, daß an der bulgarischen Grenze 20 000 Serben und 8 000 Griechen zusammengezogen sind, die bereit seien, in Bulgarien einzufallen.

Paris, 28. Mai. Der Ausschuß des Allgemeinen Arbeiterverbandes hat beschlossen, in einem Aufruf gegen die letzten polizeilichen Hausdurchsuchungen Einspruch zu erheben. Der Gemeinderat von Lyon hat auf Antrag zweier Sozialisten nahezu einstimmig gegen die in der dortigen Arbeitsbörse und in der Wohnung der Gewerkschaftssekretäre vorgenommenen Durchsuchungen protestiert, die ungehörige Herausforderungen seien und der Meinungsfreiheit widerspreche. Die Mehrheit des sozialistischen Gemeinderats von Brignoles (Dep. Var) hat es abgelehnt, die Mittel zur Unterbringung eines Regiments zu gewähren. Aus Nancy wird gemeldet: Die Staatsanwaltschaft hat eine strafrechtliche Untersuchung eingeleitet infolge einer Anzeige des Kommandeurs des 20. Armee-Korps, daß er und mehrere Offiziere der Garnison von Loul Briefe erhalten hätten, in denen ihnen gedroht werde, sie in die Luft zu sprengen, falls die gegen die soldatischen Demonstranten beschlossenen Strafmaßnahmen nicht zurückgenommen würden. Die Polizei glaubt, daß es den Absendern der Drohbriebe mehr um einen schlechten Scherz zu tun gewesen ist.

Kopenhagen, 28. Mai. Der dänische Ministerpräsident Klaus Bertelsen teilte dem Vorstand der gemäßigten linken Partei mit, daß das Ministerium infolge des Ausfalls der letzten Parlamentswahlen, wodurch die Regierungspartei in der zweiten Kammer in die Minderheit gebracht wurde einstimmig beschlossen habe, seinen Rücktritt anzubieten. Der Parteivorstand willigte einstimmig den Beschluß des Ministeriums. Der Reichstag wird am 12. Juni zu einer kurzen außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten. Da im neuen Reichstag die Sozialdemokraten und Radikalen die unbedingte Mehrheit haben, wird angenommen, daß der König dem Führer der Radikalen, Jähle, der bereits von 1909 bis 1910 an der Spitze eines radikalen Ministeriums gestanden hat, die Bildung der neuen Regierung übertragen wird.

Ab. London, 28. Mai. Gestern empfing Sir Edward Grey nacheinander die führenden Friedensdelegierten der Türkei und der Balkanstaaten und teilte ihnen mit, die Großmächte seien jetzt der Meinung, daß genug diskutiert wurde und daß der Präliminarfriede, so wie er ist, unterzeichnet werden sollte. Der serbische und der griechische Vertreter erklärten, daß sie angesichts dieser neuen und überraschenden Haltung der Großmächte an ihre Regierungen berichten und um neue Instruktionen bitten müßten.

Ab. New York, 28. Mai. Ein ungewöhnliches Glück, wie es sich eigentlich nur in Romanen zu ereignen pflegt, ist dem Privatsekretär Nickols der reichsten Frau in New Jersey, Madame Montesquien, widerfahren. Madame Montesquien, eine ältere schrullige Dame, die seit mehreren Tagen lebensgefährlich erkrankt war erlövete sich am Totenbett mit ihrem Bruder, den sie zu ihrem einzigen Erben eingesetzt hatte, voller Mut stieß sie ihr Testament um und setzte Nickols, der sich seit 3 Monaten in ihrem Dienste befand, zu ihrem einzigen Erben ein. Sie starb noch an dem Abend des Tages, an dem das Testament aufgelegt worden war, und der Privatsekretär Nickols ist nunmehr glücklicher Besitzer von 8 Millionen Mark.

Wettervorhersage.

Donnerstag den 29. Mai: Zunächst ziemlich heiter und warm, später wieder Regen und Gewitter.

Seite frische Zufuhren
meiner hochfeinen, deffierten

Südenerburger Grassbutter!

1 Pfund 130 Pfg. mit 5 Prozent Rabatt oder 1 Pfund 123 Pfg. netto.

Reinhold Protze.

Sprechmaschinen-Schallplatten

Alle Systeme kauft man weit unter Preis, auch Zeitabgabe gestattet.
Paul Kummer, Verlanbhaus,
Gneisenaustr. 1. hdy. Rein Laden.

Gutgeh. Herren-Uhr
mit Kette verkauft für
3.00 Mark
Max Eckstein,
Königsplatz, Str. 5.

Honig.

Officiere echten Bienenhonig von
90 Pf. pro Glas an. 1859
Tafel-Frucht-Honig
Qualität Ia pro Glas 60 Pf.
Qualität Ib pro Glas 50 Pf.
in Postboxen a Pfund Ia 50 Pf.
in Postboxen a Pfund Ib 45 Pf.
Honigversand
L. Brandt Magdeburg,
Gabelsbergerstraße 25.



Riesenzüpfen
in 2059

Zöpfen

mit Kordel
Serie I Mk. 1.50
" II " 2.00
" III " 3.00
grau I " 4.00
" II " 5.00
" III " 6.00
kurze Kordel
Serie I Mk. 5.00
" II " 6.50
" III " 8.00
" IV " 10.00
" V " 12.00
extra stark
Serie I Mk. 15.00
" II " 20.00
" III " 30.00
extra stark je nach Farbe
und Länge
Mk. 35.00 bis 95.00
silbergrau, kurze Kordel
Serie I Mk. 5.00
" II " 8.00
" III " 10.00
je nach Farbe u. Qualität
Mk. 12.00 bis 95.00
Spezial-Haargeschäft
Alb. Schwieger
Inh.: A. u. M. Schwieger
Jakobstrasse 48
Nahe des Alten Marktes.
Fernsp. 3203. Gegr. 1873

Donnerstag • Freitag

Nur soweit Vorrat!

Außergewöhnlich billiges Angebot!

Linoleum-Reste

60 cm breit	pro Meter	0.75
67 cm breit	pro Meter	0.85
90 cm breit	pro Meter	1.20
110 cm breit	pro Meter	1.40
200 cm breit	pro Quadratmeter	1.25

Ein Posten Linoleum-Teppiche

	mit kleinen Fehlern		
mit Kante	150x200	180x250	200x300
	5.00	8.00	11.00

Wachstuch-Decken

abgepasst			
60x100	70x100	85x100	100x115
0.60	0.75	0.85	1.20
mit Kante			
85x115	100x115	100x130	115x140
0.95	1.05	1.25	1.60

Besonders vorteilhaft

Ein Posten Ledertuch-Decken

120x140 Extrapreis 1.90

Ein Posten Vorlagen 35 Pfg.

Hugo Nehab

Spezialgeschäft für Gummiwaren, Wachstuch und Linoleum
Magdeburg, Johannisberg Nr. 2.

Moderne Zimmeruhren
Beder, Herren, Damen-
und Knaben-Uhren, Uhr-
ketten, Schmuckfächer,
kaufen Sie sehr vorteil-
haft bei
H. Schütze, Uhrmachermeister,
Buckau, Schönebecker Str. 116,
gegenüber der Dorotheenstraße.
Reparaturen sorgfältig.

Günstige
Einsparung!
Billigste
Bezugsquelle
von
Gartenmöbeln
Eischränken
in jeder Größe und Preisklasse
Geschäfts- u. Einrichtwagen
Wohnungs- u. Einrichtwagen
neu und gebraucht 2003
Heinrich Giesecke
Telephon 1202, Werfstraße 2.
3 Speicher, 8 Säben.

Feuerzeuge
„Original Max“
Bei Abnahme von
1 bis 25 St. p. St. 35 Pf.
26 bis 50 St. p. St. 30 Pf.
51 bis 100 St. p. St. 27 Pf.
101 St. u. mehr p. St. 25 Pf.
St. form. „Orig. Säte“
1 bis 25 St. p. St. 30 Pf.
26 bis 50 St. p. St. 28 Pf.
51 bis 100 St. p. St. 25 Pf.
101 St. u. mehr p. St. 20 Pf.
Ersatzsteine 1858
1 bis 10 Stück p. Stück 5 Pf.
11 bis 50 Stück p. Stück 4 Pf.
51 bis 100 Stück p. Stück 3 Pf.
101 Stück u. mehr p. St. 2 1/2 Pf.
H. Krell, Magdeburg
Katharinenstraße 11.

Hochmoderne
Anzüge
a Stück 12 Mk., zum
Ausfuchen, verkauft
Max Eckstein
Königsplatz, 5
Ecke Böbischhofstraße

Kartoffeln
Zuckerkartoffeln, 2044
Up to date, Magnum bonum
10 Pfund 28 Pfennig.
Industrie 2.25 Mk.
Zuckerkartoffeln 3.19 Mk.
Schmohl, Sudenburg
Kottersdorfer Str. 1 (Keller).

Ge. f. räder
kauft zu hohen Preisen
Max Eckstein,
Königsplatz, Nr. 5.

Kinderwagen (Korbgeflecht) mit
billig auf, gebr. Sofas 20 Mk.
Schmohl, Alte Neustadt, Schützenstraße 20.

Neu! 1429 Neu!
Damen-Frisiersalon!
Kopfräder mit elektrischem
Franz Margarete Jacobs,
Königsplatz, Nr. 5.

Wollen Sie
für Ihren Feiertag eine aus-
süßlich zentrale Fett-Seife,
is bezeugen Sie
Wienrichs Victoria-Seife
Nur a Stück 25 Pf. 5 Stück
1.15 Mk. alle in den bei
S. Wiernick, Köp. Platz,
Königsplatz, 1. Eck

Peddyrohr-Rindertwagen, ff. Gummi-
räder und Porzellangriff . . . von 28.00 an
Kasten-Rindertwagen, ff. Gummiräder
und Porzellangriff von 26.50 an
mit nach schar Gummiräder von 7.50 an
mit vernickelten Gummirädern und
Herbed von 19.00 an
Preislisten gratis und franco.
Fr. Köhnemann
Schönebeckstraße Nr. 13
Fernsprecher 5205. 2005

Kunst-Wanderbücher
Eine Anleitung zu Kunststudien im Spazierengehen.
Bon Oskar Schmüdgenheim.
1. Bändchen: Unfre Vaterstadt. 2. Bändchen: Stadt und Dorf.
3. Bändchen: In der freien Natur.
Preis broschiert 1.20 Mark, gebunden 1.80 Mark.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme
Große Mühlstraße 3.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 123.

Magdeburg, Donnerstag den 29. Mai 1913.

24. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

162. Sitzung.

Berlin, 27. Mai, nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kommissare.
Präsident Dr. Kämpf begrüßt die Abgeordneten nach der Pfingstpause.

Kurze Anfrage.

Auf der Tagesordnung steht zunächst folgende Anfrage des Abg. Sofinski (Pole):
Ist dem Reichskanzler bekannt, daß in dem wirtschaftlichen Kampfe, der zurzeit (24. April) im ober-schlesischen Kohlenbezirk schwelt, die Polizeibehörden in gesetzwidriger Weise gegen die Bergarbeiter Partei nehmen; insbesondere unter Verletzung reichsgerichtlicher Vorschriften Versammlungen der Arbeiter grundsätzlich verbieten oder auflösen?
Direktor im Reichsamt des Innern Lehmann: Eine Verletzung reichsgerichtlicher Vorschriften durch die Polizei würde der Reichsleitung erst dann Gelegenheit zum Eingreifen geben können, wenn die Zentralbehörde des betreffenden Bundesstaats zu den vorliegenden Stellen genommen und in ihrem Entscheid eine mit den Grundgedanken des Reichsvereinsgesetzes nicht zu vereinbarende Stellung vertreten hätte. Nach der Auskunft der preussischen Regierung liegt dieser Fall nicht vor. Es ist überhaupt nur in ganz vereinzelten Fällen Beschwerden erhoben worden. Im übrigen haben die preussischen Behörden niemals angeordnet, daß die Polizei Versammlungen irgendwie behindern solle. Nur ganz wenige Versammlungen sind nicht genehmigt worden. In zwei Fällen, wo die Genehmigung versagt war, hat der Regierungspräsident das Verbot selbst aufgehoben.

Petitionen.

Eine Petition von pensionierten und als Beamte wieder angestellten Offizieren bittet um eine Aenderung des Offizierspensionsgesetzes, und zwar um Verringerung der Höhe, bis zu deren Höhe die Militärpension neben dem Zivildiensteinkommen bezogen werden kann.

Abg. Erbacher (Ztr.) befürchtet die finanziellen Konsequenzen und wünscht Vorberatung durch die Budgetkommission.
Abg. v. Graefe (kons.) beantragt Ueberweisung zur Erwägung.

Abg. Koste (Soz.): Wenn durch vorzeitige Pensionierung Offiziere in Not geraten, so darf das kein Grund sein, das Volk durch eine Umgestaltung des Pensionsgesetzes noch mehr zu belasten. Man pensioniere einfach nicht so oft vorzeitig. Wir lehnen alle diese Anträge ab.

Die Petition wird als Material überwiesen.
Die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine und das Gewerbegericht Bremen bitten um Einsetzung eines Reichs-einigungsamtes oder einer Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge im Reichsamt des Innern.
Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material.

Abg. Künig (Soz.) hebt die große Entwicklung der Tarifverträge hervor, die wohl eine Zentralstelle erfordern würde. Aber von dem jetzt in der Reichsregierung herrschenden „sozialpolitischen“ Geiste, wie er sich bei allen großen Streifen auch sonst gezeigt hat, sind sozialpolitische Fortschritte doch nicht zu erwarten. Die Regierung steht eben unter dem Einfluß der Unternehmer. Wie diese jeden Schritt bekämpfen, hat wieder die Frühjahrsversammlung der Eisenhüttenleute bewiesen, wo man sehr scharf gegen den jetzigen Staatssekretär gerichtet hat, dem es doch nicht gelingen werde, die Seelen der Arbeiter zu gewinnen“. Wie wenig die jetzige Zeit für sozialpolitische Maßnahmen günstig ist, hat ja die Reichsversicherungsordnung bewiesen. Verlangt man doch heute umgekehrt Ausnahme-gesetze aller Art gegen die um ihre Freiheit ringenden Arbeiter. Ein Reichseinsigungsamt hätte nach unserer Auffassung erst einen Zweck, wenn als Vorbedingung Reichsarbeitsämter geschaffen werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Schwarz (Ztr.): Die bürgerlichen Parteien haben sich wiederholt für ein Reichseinsigungsamt ausgesprochen, das zur Verhinderung großer Streike und Aussparungen wirken könnte.
Abg. Fehle (Fortfchr. Vp.) tritt für den Antrag der Kommission ein.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.): Ein solches Amt liegt im Interesse des sozialen Friedens. Es ist doch Sache des Reichstags, antisozialen Einflüssen auf die Reichsregierung nicht nachzugeben. Darum verstehe ich nicht den Standpunkt der Sozialdemokraten.

Abg. Drey (Soz.): Sind Herrn Behrens die Bestrebungen nicht bekannt, die das Koalitionsrecht verschlechtern und die Strafbestimmungen verschärfen wollen? Hinter diesen Absichten stehen einflussreiche Persönlichkeiten. Natürlich fürchten wir solche Bestrebungen im Reichstag nicht. Sie sind zwar drüber (nach rechts) auch vorhanden, aber es ist dafür gesorgt, daß diese Kräfte zunächst nicht in den Himmel schießen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Weiß denn Herr Behrens nicht, daß auch der christliche Gewerkschaftskongress gefordert hat: erst Koalitionsfreiheit, dann Reichseinsigungsamt! Auch wir wollen, daß zuerst die Vorfrage gelöst wird. Wo aber haben wir die Anerkennung der Koalition durch den Staat, in den Staatsbetrieben und sonst überhaupt in Deutschland? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Daß die Gewerkschaften durchaus nicht alle Differenzen durch den Streik, sondern möglichst viele in gütlichem Einvernehmen zu lösen bestrebt sind, ist bekannt, und auch durch die amtliche Statistik nachgewiesen. Die Unternehmer, namentlich die größten, aber keineswegs den Willen, sich Einigungsbestrebungen zu fügen. Wir stimmen für die Ueberweisung zur Berücksichtigung, fordern aber als Vorbedingung die volle Koalitionsfreiheit. (Bravo! b. d. Soz.)

Die Ueberweisung zur Berücksichtigung wird beschloffen.
Mehrere Petitionen verlangen: 1. Erhöhung der Pfändbarkeitsgrenze des Dienstetkommens von Privatangestellten, 2. Herbeiführung einer gesetzlichen Bestimmung, daß bei den Privatangestellten und Arbeitern ebenfalls wie bei Beamten nur ein Teil des 1500 Mark übersteigenden Jahreseinkommens der Pfändung unterworfen sei.

Die Kommission beantragt Uebertragung zur Tagesordnung.

Abg. Giesel (Soz.) beantragt Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung, soweit sie darum ersuchen, für Arbeiter, Privatangestellte und Beamte die pfändfreie Summe der Löhne und Gehälter zu erhöhen. Angesichts der durch unsre verkehrte Wirtschaftspolitik herbeigeführten allgemeinen Vetterung der Lebenshaltung ist dies Verlangen nur zu berechtigt. Auch das Verlangen, die über 1500 Mark hinausgehenden Bezüge von Arbeitern und Angestellten nur zum Teil pfändbar zu machen, ist durchaus berechtigt, um so mehr, als die Angestellten mit höheren Gehältern in der Lage sind, ihr ganzes Einkommen dadurch pfandfrei zu machen, daß sie den über 1500 Mark hinausgehenden Betrag vertraglich ihrer Frau sichern. Ich bitte Sie daher, unsern Antrag zuzustimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Chrsant (Ztr.) verlangt Schutz des Kleingewerbes gegen Schuldenmacherei von Beamten.

Abg. Marquart (natl.) wünscht Erhöhung der Pfändbarkeitsgrenze.
Abg. Dr. Haas (Fortfchr. Vp.) spricht für einen volksparteilichen Antrag, wonach die Privatangestellten genau so behandelt werden sollen wie die Beamten, daß also ein Teil des über 1500 Mark hinausgehenden Einkommens pfandfrei bleiben soll.

Abg. Haas (Soz.): Bedauernd ist, daß das Zentrum nicht ein Wort für die Notlage hat, in die die Arbeiter durch die jetzigen Bestimmungen kommen, und daß Abgeordneter Marquart für unsern Antrag sprach, obgleich seine Fraktion einen nicht so weitgehenden Antrag gestellt hat. Herr Marquart wird offenbar als Parapetent des Wählers vorgeführt. Das Existenzminimum von 1500 Mark muß infolge der allgemeinen Teuerung bedeutend erhöht werden. Der Arbeiter muß vor dem Verkauf seiner Arbeitskraft an den Schuldner geschützt werden. Es ist höchste Zeit, das Lohnbeschlagnahme-gesetz zu ändern. Der Reichstag hat die Pflicht, die Regierung, die sich nach der Beihiligung des Gehalts des Staatssekretärs um die Sozialpolitik nicht mehr kümmert, zur Einbringung eines Gesetzes zur Erhöhung der Arbeitskraft und Angestellten zu zwingen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Straß (natl.) tritt im Gegensatz zum Abgeordneten Marquart für einen stärkeren Schutz der Gläubiger ein.
Abg. Dr. Haas (Fortfchr. Vp.) polemisiert gegen den Abgeordneten Haas; bei dem jetzigen Rechtszustand seien die Gläubiger oft die armen Teufel, während die Schuldner manchmal wie die Millionäre leben können.

Abg. Haas (Soz.): Wir treten nicht für die Leute ein, die ihre Schulden nicht bezahlen wollen, sondern für die, die das nicht können. Wenn ein in Schulden geratener Arbeiter oder Angestellter einen Unfall erleidet oder sonst in Not gerät, wird ihm ein Teil des Lohns beschlagnahmt. Die Rechtssprechung in Pfändungssachen schützt den Gläubiger schon davor, daß der Schuldner einen Luxus treiben könnte. Wertwürdig ist, daß die Rechte und das Zentrum hier plötzlich so für den Mittelstand eintreten, während sie ihn doch bei der Schutzollgesetzgebung, der Reichsfinanzreform, den Militärvorlagen usw. auf das schwerste geschädigt haben. (Sehr wahr! b. d. Soz. Unruhe rechts u. i. Ztr.)

Die Anträge der Fortschrittler und Sozialdemokraten werden abgelehnt und die Petitionen als Material überwiesen.

Eine Petition auf Unterstellung der Arbeiter in Gärtnerei- und Gartenbaubetrieben unter die Gewerbeordnung beantragt die Kommission als Material zu überweisen.

Abg. Stolle (Soz.) spricht für Ueberweisung zur Berücksichtigung. Die Rechtssprechung rechnet die Gärtnereiarbeiter heute teils zur Landwirtschaft, teils zum Gewerbe. Das ist auf die Dauer unhaltbar, um so mehr, als die verschiedenen Gefindbesetzungen noch ganz vorinkonsequente Bestimmungen enthalten und mitunter sogar körperliche Züchtigung gestatten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.) beantragt Zurückverweisung der Petition an die Kommission, damit die Regierung über die bereits 1906 in Aussicht gestellten Erhebungen in dieser Angelegenheit Auskunft gebe.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Sache ist spruchreif, durch Ueberweisung zur Berücksichtigung fordern wir die Regierung zur Vorlage eines Gesetzes auf.

Der Rückverweisungsantrag wird angenommen.
Nächste Sitzung Mittwoch 2½ Uhr (Interpellation Abrecht (Soz.) betr. die Ausnahme-gesetze für Elsaß-Lothringen: Staatsangehörigkeitsgesetz).

Aus der Parteibewegung.

Zur Sache gegen die Arbeiter-Turnvereine. Der sächsische Landtagsabgeordnete und nationalliberale Vorsitzender Landgerichtsdirektor Gettner hatte, um die korporative Betätigung der Arbeiter-Turnvereine in sozialdemokratischer Sinne nachzuweisen, in einer Sitzung der Dresdener Stadtverordneten die Behauptung aufgestellt, der Reichstagsabgeordnete Genosse Heine habe in einer Sitzung des Arbeiter-Turnvereins Leipzig-Süd erklärt, er wolle sich in Zukunft bei der Einführung des Fortbildungsschulgesetzes behaupten, und dabei ausgeführt: In Preußen, wo die Teilnahme am sozialdemokratischen Turnen Leuten unter 18 Jahren verbot ist, sollen die Leiter der Abteilungen offiziell aus der Partei austreten, sich aber auf den geheimen Listen weiterführen lassen; sie könnten dann unbeanstaltet die Jugend im Sinne der Partei beeinflussen. Und das gleiche Verfahren habe Heine für Sachsen empfohlen. Auf eine Anfrage antwortete Genosse Heine:

Werte Genossen! Auf Ihre Schreiben vom 8. Mai antwortete ich: Die Behauptung des Herrn Gettner ist völlig aus der Luft gegriffen. Ich habe nie im Arbeiter-Turnverein Leipzig-Süd gesprochen und kenne diesen Verein gar nicht. Ich habe in Leipzig überhaupt noch nie in einer Versammlung gesprochen. Ich habe die mir in den Mund gelegte Aeußerung weder in Leipzig noch sonst in Sachsen, noch überhaupt irgendwo, sei es mündlich, sei es dem Sinne nach, getan, auch nichts Ähnliches geäußert, das so verstanden werden könnte.

Mit Parteigruß
Wolfgang Heine.
So, nun können die teutschen Turner und ihre „nationalen“ Helfer ja wieder etwas Neues aus der Luft greifen.

Die Magdeburger Konzertsaal 1912/13.

II (Schluß).

Auf künstlerisch gleich hoher Stufe mit den Konzerten des städtischen Orchesters stehen die Darbietungen des Konzertsammlers Vereins, wenigstens soweit es sich um die Konzertsammler des Streichquartetts der Konzertmeister Koch, Thiele, Petersen und Dieke handelt. Die bewegende Kraft im Konzertverein ist Professor Kauffmann, der auch praktisch als Pianist in fast jedem Konzert tätig war. Gesangsstimmen mit ausgesprochenem Erfolg waren Oskar Seelig, Agnes Friedrichowicz, Elisabeth Rasche und Wilhelm Kellner. Als Pianisten traten sich hören Konrad Injorge in einem Abend, den er fast ausschließlich als Komponist bestritt, und Kurt Dippner. Von Komponisten wurden bevorzugt durch besondere Abende Beethoven und Brahms, sonst hörte man noch Volkman, Reger, Fr. Kauffmann, Joseph Krug-Waldsee, Gahn, Schumann, Debussy und Rognold mit teils neuen Sachen. Die Programme des Vereins zeigten im ganzen, daß der Einfluß früher sehr wichtiger Mitglieder wesentlich nachgelassen hat und die Leitung, gestützt durch verschiedene Fingerzeige von kritischer Seite, erzieherischen Zielen zuflueht.

In gleicher Weise wie der Konzertverein betätigte sich das Graf-Seifert-Streichquartett, das in den leider nur wenigen Konzerten, die es veranstaltete, Quartette von Haas, Seelig und Krug-Waldsee neben klassischen Werken spielte. Zum Engagement berufener Gesangsstimmen konnte sich die Leitung des Quartetts wohl aus finanziellen Gründen bisher noch nicht verstehen.

Die Berücksichtigung der einschlägigen Literatur heimischer Komponisten gelang im Konzertverein und Seifert-Quartett unter gerechter Würdigung des Wertes dieser Stoffe.
Ein weites Feld der Betätigung fand die Kammermusik in den Konzerten privater Künstler. Von einheimischen Künstlern liegen sich hören Elisabeth Rasche (Sopran) mit Albert Petersen, Walter Thiele (Klavier) mit Anne Bodenstein (Mezzosopran), in einem Abschiedskonzert mit Elli Stiebel (Violine), Fris Kauffmann (Klavier) und Felix Berber (Violine) in drei Beethoven-Abenden, Toni Jordan (Sopran) mit Marie Delge (Klavier) in einem Schubert-Brahms-Abend, Ida Gahn (Sopran) mit Paul Schramm (Klavier), Hans Weizig in einem Beethoven-Abend, Geismüller Dippner (Gesang und Klavier) in einem Konzert, in dem nur moderne französische Meister das Programm füllten, und Niimi Poensgen mit Theodor Wehrhard in einem Abschiedskonzert. Von auswärtigen Künstlern konzertierte nur eine kleine Reihe: Saida Culbertson (Violine), Else Grams (Klavier) mit Gertrud Affenheimer (Mezzosopran), Bernad Semmerbach (Klavier) mit Elisabeth Hoffmann (Mezzosopran), Willi Burmeister (Violine), Emanuel von Eeghi (Klavier), Emmi Knoche (Klavier) mit August Bieler (Cello) und Konrad Injorge (Klavier). Künstlerische Erfolge künften sich in die letzten fünf Namen.

Will man die Vokalquartett-Konzerte mit in die Kammermusik einbeziehen, so dürften hier noch die Konzerte des Magdeburger Quartetts und des Groschoffschen Doppelquartetts zu nennen sein, welche beide eigene Abende, allerdings mit Unterstützung von Instrumentalmusikern, veranstalteten.

Die Beteiligung der Arbeitererschaft auf dem eigentlichen Gebiete der Kammermusik hat mit einem Schubert-Abend, dem Kapellmeister Willi Neuling gab, einen Anfang genommen. Dem Ansehen nach hatte dieser Abend einiges Interesse gefunden. Ob sich ähnliche, populäre gehaltenen Veranstaltungen künstlerisch rentieren, dürfte eine Prüfungsaufgabe für den Bildungsausschuss sein. Jedenfalls sind allgemein verständliche Kammermusik-Konzerte, zu denen bewährte Gesangvereine herangezogen werden können, ein erstrebenswertes Ziel, welches das erhoffte Auf-eigenen-Füßen-Stehen in unserer Beziehung möglich machen würde.

Von größeren Konzerten unserer Gegend interessieren die Matineen der Magdeburger, Sudenburger und Neustädter Arbeiter-Sängerkörpers, welche in Gemeinschaft mit freundschaftlichen Frauenchören teilweise schon recht beachtenswerte Programme abholbieren. Welche Dienste diese Chöreineigungen der Allgemeinheit schon jetzt erweisen können, erwies sich an der Osterfeier der Arbeiterjugend und am Gesangskonzert des Arbeiter-Sängerbundes, Bezirk Magdeburg.

Der bunten Charakter der weitem, auch nur konzertähnlichen Veranstaltungen zeigte, wie vielgestaltig sich die Musik bei uns in dieser Saison bewegte. Robert Rothe sang Lieder zur Laute, eine Kunst, die merklich im Wachsen begriffen ist. Rita Sachtzetto „sangte“, desgleichen Marli de Crom und Margret Leyfl. Die letzte ließ ihren Abend durch Erna Lauz (Sopran) füllen. Zwei Blindenkonzerte von Fris Bunge und Albert Men und eine ausnahmssweise nur kleine Zahl von Wohltätigkeitskonzerten, unter denen das Konzert von Margarete Wilde (Alt) und Edmund Kiesel (Klavier) zu nennen wäre, verhallen das Bild des Konzertlebens nach dieser Seite. Die bunten Volksunterhaltungsabende des Allgemeinen Frauenvereins waren in dieser Saison an Zahl bedeutend eingeschränkt.

Das Vereinsleben in den Magdeburger Männerchören neigte in dieser Zeit auch nach der patriotischen Seite. Aber da sich der musikalische Patriotismus nach seiner Natur sehr leicht als eigentliche Panfarenmusik erweist, so konnten die nationalistischen Dirigenten keine eigenlichen patriotischen Programme aufstellen, ohne bedeutende Anteile beim völlig neutralen Volkslied oder anderen Stoffen aufzunehmen, die größtenteils auch schon in Programmen von Arbeiter-Gesangvereinen gestanden haben. Absolut „patriotische“ Programme waren einfach nicht möglich. Der preisgekroente Magdeburger Männerchor, dessen Auszeichnung ein uns keineswegs befremdendes Echo des Krateses in der deutschen Sängertwelt gefunden hat, und der Wilhelm-Chor wären hier in erster Linie zu nennen. Der Lehrer-Gesangverein hatte in dem einen seiner Konzerte nur einen patriotischen Teil entfallen. Sonst ließ er Krug-Waldsees „Geiger zu Gumünd“ und Jölners „Kolumbus“ zu neuem Leben erziehen. Auch der Oratorische Gesangsverein segelte mit „Kolum-

bus“ (von Sturm) auf gesangstechnisch erstrebenswerte Ziele los, desgleichen mit einem zweiten, einem Frühlingskonzert, mit welchem er schon durch die Wahl eines bessern Gesangsstimmen seine Tätigkeit in dieser Saison vorteilhaft beischloß. Männerchor-konzerte im üblichen Rahmen veranstalteten ferner die Dritte Liedertafel an ihrem 70. Stiftungsfest, der Eisenbahn-Gesangverein und die Magdeburger Sängervereinigung.

Von gemischten Chören war es allein die „Volkssingakademie“, die mit einem größeren Chorwerk „Platon“ herauskam, abgesehen von der üblichen Verbindung des Krug-Waldsee-Singchors mit dem Lehrer-Gesangverein, die wieder auf einen wirklichen technischen Erfolg hinweisen konnte. Der Kirchenchor der deutsch-reformierten Gemeinde gab ein Konzert mit weltlichem Programm.

Die Kirchenmusik wurde vorzugsweise wieder vom Reblingschen Kirchen-Gesangverein mit großen Chorwerken gepflegt. Woherichs „Lotentanz“ wurde bedeutamerweise wiederholt und am Karfreitag Bachs Hohe Messe in G-Moll mit Hilfe des städtischen Orchesters unter Prof. Kauffmanns Leitung in prächtiger Form aufgeführt. Der Jingenhagensche Gesangverein gab an den kirchlichen Festen kleinere Konzerte. Musikdirektor Kühne veranstaltete neben einem Weihnachtskonzert eine Aufführung des Loemichsen Sühnopfer-Oratoriums, das Kapellmeister Höhne verdienstvollerweise zweidmässig instrumentiert hatte. Orgelkonzerte gab leider allein Organist Schloffer in der Heiligengeistkirche, und zwar nur mit gemischten Programmen, wie solche auch in den Ulrichskirchenkonzerten, die in der Zahl weitaus eingehender wurden, zur Aufführung gelangten.

Will man die Rezitation in das weite Gebiet des musikalischen Vortrags mit einbeziehen, soweit die wohlgesprochene Rede der Musik benötigt, so sei an die Matinee zugunsten des Hausfrauenvereins im Stadttheater erinnert, an deren musikalischer Gestaltung Musikdirektor Grunewald ein Verdienst auf seine Person vereinigt, ferner an Hse Vertas und Emmi Rohlebrands Rezitationsabende, zu denen Fris Welke bzw. Lucie Brandt musikalische Umrahmungen geschaffen hatten. Der bunte Abend des Solopersonals vom Stadttheater dürfte schließlich hier auch noch zu nennen sein.

Orchesterkonzerte im eigentlichen Sinne veranstaltete Professor Winderstein mit seinem Leipziger Philharmonischen Orchester bei einem nicht zu unterschätzenden künstlerischen Erfolg, ferner G. Grunewalds „Philharmonie“ und der „Orchesterverein“. Ein populäres Sinfoniekonzert gab Kapellmeister Matkausch mit dem städtischen Orchester aus privaten Gründen. Das Konzert im Dom des Richard-Wagner-Vereins deutscher Frauen berücksichtigt mit einer Ausnahme nur Berliner Künstler, ließ aber auch auf das Musikleben Magdeburgs keinen Einfluß erkennen, will man die hiesigen eingeschulornen Baireuth-Einspielungen nicht als Verstärkung des großen Magdeburger Konzerts betrachten.

Mein vorjähriges Fazit: „Es wird viel musiziert, aber zu wenig gut musiziert“, muß ich, und zwar in nachdrücklicher Form, heute für die abgelaufene Saison wiederholen. — Grohe.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 27. Mai.

Aufgebote: Verw.-Anst. Wilhelm Fischbach mit Elise Weber. Lehrer Wilh. Otto Biesenthal hier mit Wilhelmine Katharina Alwine Judenack in Usherleben.

Geburten: Oberstabsarzt Dr. med. Friedrich Biefang mit Elisabeth Walther. Ruffner Karl Raumann mit Luise Benz.

Todesfälle: Witwe Emilie Schulze geb. Roussaint, 64 J. 7 M. 6 T. Witwe Johanne John geb. Wippermüller, 61 J. 4 M. 28 T. Hans, S. des Friseurs Wilhelm Schütte, 6 J. 1 M. 23 T.

Sudenburg, 27. Mai.

Aufgebote: Profurist Kurt Ermstedt mit Margarete Vode. Geburten: Friedrich, S. des Bierfuhrers Friedrich Belete. Rudolf, S. des Schmiedes Friedrich Kehl.

Todesfälle: Heinrich, S. des Malers Gustav Bilschmann, 11 M. 9 T. Frida geb. Lemme, Ehefrau des Schuhmachers Otto

Schönemann in Usherleben, 22 J. 6 M. Johannes, S. des Oberböttchers János Schwarzkopf, 18 J. 4 M. 26 T.

Buckau, 27. Mai.

Aufgebote: Kaufmann Gustav Ernst in Hamburg mit Luise Ulrich hier.

Geburten: Schloffer Willi Koch mit Elise Meier. Gärtner Willi Witzgeral in Hamersleben mit Emma Gabelmann hier.

Todesfälle: Erich, S. des Schuhmanns Paul Matwald, 2 M. 29 T.

Neustadt, 27. Mai.

Aufgebote: Kaufmann Willi Koch mit Hedwig Schirrom. Former Reinhold Wenneide hier mit Anna Osten in Paretz.

Geburten: Gerda, T. des Tischlers Wilhelm Kerler. Hermann, S. des Postkutschers Hermann Baesel. Ernst, S. des Telegraphenarb. Ernst Marx. Margarete, T. des Gasarb. Paul Reinisch.

Todesfälle: Hermann, S. des Postkutschers Hermann Baesel, 1 T.

W.-Rothensee.

Geburten: Fritz, S. des Drechslers Friedrich Karsten. Gerhard, S. des Kontoristen Max Godehardt.

Usherleben.

Geburten: Fritz, S. des Bureaubeamten Eduard Durel. S. des Gärtners Friedrich Ulrich. T. des Schmiedes Friedrich Hilberbrandt.

Todesfälle: Anna, Ehefrau des Arbeiters Friedrich Droschn, 41 J. 19 T. Friedrich, S. des Kernmachers Karl Friede, 3 J. 8 M. 18 T.

Neuhaldensleben.

Aufgebote: Steinbruchbesitzer Jakob Blum in Rosenthalen mit Elisabeth Wilhelmine Margarete Gasper hier. Arbeiter Heinrich Jakob Boge mit Minna Anna Elisabeth Köhler geb. Müller, beide in Dahldorf.

Geburten: Arbeiter Hermann Friedrich Karl Franke mit Frida Elise Dannehl. Lokomotiv-Führer Karl Gustav Schmidt in Magdeburg mit Anna Helene Raebdorf hier.

Todesfälle: Arbeiter Heinrich Perlich, 78 J. 2 M. 7 T. Willi Kolbe, 10 M. 2 T.

Schönebeck.

Aufgebote: Fabrikarbeiter Theodor Kowalsky mit Anna Eide. Bahnarbeiter Ernst Richter mit Anna Schröder in Walsleben.

Geburten: Fabrikarbeiter Martin Zeugner mit Hermine Weyer. Fabrikarbeiter Paul Friedrich in Magdeburg-Westerhüfen mit Elisabeth Wallstab hier.

Todesfälle: Erich, S. des Restaurateurs Emil Schumann, 10 M. Arbeiter Wilhelm Lülberg, 61 J.

Staßfurt.

Aufgebote: Schuhmacher Edmund Schmidtchen mit Martha Buchmann geb. Schmidt. Bergarbeiter Anton Nummerow mit Margarete Rettig.

Geburten: Bäcker Franz Conrad mit Elisabeth Langemann. Schindler Ernst Tempelhoff mit Emma Kuedner.

Todesfälle: Otto Dertel, 1 M. 21 T. Friedrich Siegfried, 6 M. Witwe Berta Wolff geb. Köhler, 28 J.

Eine Uhr. Sollten Sie nur dort kaufen, wo ein Fachmann mit gutem Rat dienen und reelle Garantie leisten kann. Solches finden Sie in meinem Uhren-Engros- und -Detail-Geschäft.

Möbel auf Kredit! 1 Bettstelle Anzahlung 15 Mark. 2 Bettstellen Anzahlung 25 Mark. 3 Bettstellen Anzahlung 40 Mark.

Burg. Achtung! Burg. Um mein großes Lager in Papier-, Schreib- und Galanteriewaren zu räumen, gebe ich bis auf weiteres zu allen Waren 20 Prozent Rabatt.

Gohleder-Muschnitt. sowie sämtliche Artikel für Schuh- und Pantoffelmacherei zu bekannt billigsten Preisen. Lederhandlung Franz Erler, Lübecker Str. 35.

Anzahlung 60 bis 75 Mark. 2 englische Bettstellen. 2 Fajon-Matrasen. 1 Waschtisch mit Marmor und Spiegel.

Papierhandlung Gustav Walter. Zum Küssen schön ist ein zartes, weißes Gesicht, mit rosigem, jugendlichem Glanz.

Wirklich günstiger Gelegenheitskauf für Brautpaare u. Möbelfäufer. 2 zurückgenommene nußbaum Wertschaften, welche nur ganz kurze Zeit benutzt wurden.

Komplette Schlafzimmer, Wohnzimmer, Speisezimmer, bunte Küchen. Anzüge für Herren, Burden, Knaben, ein- und zweireihig.

Gratulationskarten empfiehlt die Buchhandl. Volksstimme.

S. Osswald Magdeburg, Alte Ulrichstr. 14. Waren-Kredit-Geschäft. 1907. Kredit auch nach außerhalb!

Teppiche in sämtlichen Farben, darunter zurückgelehnte mit kleinen Webefehlern, fast für die Hälfte, schon von 9 Mark an.

Auf Credit. Möbel, Betten, Polsterwaren. S. OSSWALD. A. Friedländer Magdeburg, Breitweg 118. Möbel u. Waren auf Kredit.

Bezugsquellen-Verzeichnis. Patentbüro Peters Prälatenstr. 29. Magdeburg. Flischerei. Kolonialwaren. Kohl, Holz, Grudeko.

Gesucht werden Agenten, Kaufmänner u. Wiederverkäufer. nur strebsame Personen, für großartige konturrenzlose Neubeit, dauernde Beschäftigung.

Tillys Berge Heute 2802. Freitonzert.

Burg Zur Bäderbewegung Burg

**Donnerstag den 29. Mai 1913
abends 8 1/2 Uhr**

im „Hohenzollernpark“, Franzosenstraße

Volks-Versammlung

Tagesordnung:

1. Der Kampf der Rektionäre in der Bäderinnung und ihrer gelben Helfershelfer gegen jeden Fortschritt!

Referent: Genosse Karl Mache, Magdeburg.

2. Freie Aussprache und Beschlussfassung.

Arbeiter, Bürger, Hausfrauen! Zu dem im Interesse der Volksgesundheit so bedeutsamen Kampf im Bädergewerbe soll eingehend Stellung genommen werden. Es wird deshalb erwartet, daß jeder Konsument von Bädervaren, ganz besonders aber die Hausfrauen, bestimmt zu dieser so wichtigen Versammlung erscheinen. 2345

Die Bäckermeister sind hiermit ebenfalls zu dieser Versammlung eingeladen!

Eintritt ist frei.

Auf in die Versammlung!

Eintritt ist frei.

Hoch die Solidarität!

Der Vorstand des Gewerkschaftsartikels.

Große öffentl. Jugend-Versammlungen Freireligiöse Gemeinde.

finden in den nächsten Tagen in folgenden Orten statt:

Magdeburg: Mittwoch den 28. Mai im Sachsenhof, Große Storchstraße.

Schönebeck: Donnerstag den 29. Mai im Wiener Restaurant, Königstraße 16.

Widmersleben: Freitag den 30. Mai im Fürstehof.

Groß-Öttersleben: Sonnabend den 31. Mai im Lokal der Wwe. Strumpf.

Diesdorf: Sonntag den 1. Juni.

Halberstadt: Montag den 2. Juni im Gewerkschaftshaus.

Burg: Dienstag den 3. Juni. 2363

Referent ist in allen Versammlungen Jürgen Brand, der bekannte Vorkämpfer der proletarischen Jugendbewegung. Jürgen Brand (E. Sonnemann) aus Bremen ist der gesandte deutschen Arbeitererschaft, insbesondere der Arbeiterjugend, durch seine prächtigen Erzählungen und Schilderungen ein guter Freund geworden. Arbeiter, junge und alte, erscheint in Massen! Die Bezirks-Jugendzentrale.

Sonntag den 1. Juni

Feier zur Einführung des Herrn Predigers Köstlin.

Die offizielle Feier findet vormittags 9 1/2 Uhr im Gemeindehaus statt. Ein Festabend wird nachmittags 4 Uhr im Prunksaal des „Fürstehofs“ veranstaltet. — Nur durch Mitglieder der Gemeinde eingeführte Gäste haben Zutritt. 2359

Aschersleben.

Donnerstag, 29. Mai
Volksvereinsversammlung
im Fürstehof.
Tagesordnung: 1. Bericht vom Kreisstag, 2. Sozialfrage, 3. Berufsleben. 2310
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Stephanshallen

— Dir. Rich. Froberz. —
Abends 8 Uhr 1980
Varieté-Vorstellung.
Streng begrenztes Programm für Familien-Publikum.
Vorungstufen sind in den meist Zigarrengeschäften zu haben.

Tonbild Buckau und Elektro-Biograph

Fermerleben.
Spielplan von Mittwoch bis Freitag:
Die Sünden der Väter
äußerst spannendes Drama in 3 Akten 1463
In der Hauptrolle
Asta Nielsen

Die Spur im Schnee

Familien-drama in 2 Akten sowie der humoristische Teil.

Wilhelm-Theater

Ensemble-Gastspiel
1. oberbayerisches Bauerntheater
Die Tegernersee.
Donnerstag und Sonnabend
Großer durchschlagender Erfolg!
Aus der Art geschlagen.
Freitag und Montag
Im Manöver.
Sonntag den 1. Juni, nachm.
Der Wunderdoktor.
Abends: Der Lehrer von Seespitz.

Olvenstedt.

Am Dienstag den 27. Mai
starb nach langem, schwerem
Leiden meine innigste
Frau und herzensgute Mutter,
Lodler, Schwiegermutter,
Schwester, Schwägerin und
Tante 2364

Emma Bertram

geb. Hesse
im 39. Lebensjahre.
Im stille Teilnahme bitten
Olvenstedt, 27. Mai
Friedrich Bertram
nebst Tochter.

Ulrikta-Theater

Direktion Hans Knapp.
Donnerstag den 29. Mai, abends
8 1/2 Uhr, zum letztenmal
Die verdammte Glode.
Freitag den 30. Mai,
abends 8 1/2 Uhr
Große Doppelpremiere!
Zweites und letztes Gastspiel des
berühmten und beliebten Komikers
Franz Arnold vom Berliner
Lustspielhaus in seiner Glanz-
und Paraderolle als Lampen-
fabrikant Giese in den beiden
Stückchen

Im weißen Röhl

und
Als ich wiederkam.

Vogelgesang.

Heute Donnerstag sowie jeden Sonntag
KONZERT
Der neuangelegte Rosengarten ist eröffnet.
Eingelassen ladet ein 2359 G. Heinrich.

Grünwalde, Jägerhof.

Donnerstag den 29. Mai:
1. großes Gala-Kinderfest

Leitung: Oskel Guffas
Ein Blumenfest auf Korsu

Große Überraschungen. Saftig wird gekostet.
Erwachsene frei, Kinder 10 Pf. Scherzen, Saftigen gratis.
Freundlich ladet ein 2361 Paul Haase.

Neuhaldensleben.

Am Sonntag den 1. Juni, nachm. von
3 Uhr an, in Herzogs Festhale

Gr. Gewerkschaftsfest

Illegale durch die Stadt, Sozialist. und Sozial-
demokr. Partei: Genosse Richard Nitsch (Magde-
burg), Industrielle Hoffmann, Reigenführer,
Brotknecht, Bestattung von kaiserlichen Deutsch-
landwehren, Kinderbeschäftigung, Kaffeehaus,
Bierkaffeehaus (Zerpen), brillantes Feuerwerk
und viel viel.

Eintrittspreis 25 Pf. Langsam 50 Pf.
In nach zahlreichem Besuch ladet freundlich ein
2376 Das Festkomitee.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Verwaltungsstelle Magdeburg.
Am Sonnabend den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Sachsenhof“
Außerordentliche Mitgliederversammlung
sämtlicher Bezirke.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Geschäftsführers Herrn Hoffmann über: Die Volkshilfe und ihr Nutzen für das arbeitende Volk.
2. Entscheidung über die Reorganisation des Herrn Direktors Dutz in der Reichshilfe von C. S. Straße N.-O. Referent: Kollege Gorgas.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird vollständiges Erscheinen erwartet. Die Frauen sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Die Damperfahrkarten zum 7. Juni nach Schönebeck bitten wir bis Montag den 2. Juni im Bureau abzugeben.

Lange & Münzer

51 Breiteweg 51



**TRAUER-
HÜTE**

**Trauerkleider
Trauerkostüme :
Trauerblusen :
Handschuhe :
Trauerschleier :**

in allen Preislagen und
grösster Auswahl ::

Anfertigung von Trauerkleidern
innerhalb 24 Stunden

**ZENTRAL-
THEATER**

Nur noch wenige
Sage

Die moderne Eva

Danksagung.
Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme und die so reichen
Krankenspenden beim Hinscheiden
unserer lieben Entschlafenen sagen
wir allen Freunden u. Bekannten
sowie den Hausbewohnern und
Arbeitskollegen unsern besten Dank.
Besonderen Dank noch Herrn
Pastor Raumann. 1469

Wittwe Pauline Peters

geb. Voigt
nebst Mutter.

Blauer Kasten-Kinderwagen

bitt. zu verk. Brauerstr. 1, p.

**Deutscher
Metallarbeiterverband**

Verwaltung Magdeburg.
Nachruf.
Am Dienstag, 27. Mai,
starb unser Mitglied, der
Arbeiter 1944

Wilhelm Gierath

im Alter von 64 Jahren an
Magentrebs. Ehre seinem
Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag den 30. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, vom Trauer-
haus, Benneckenbed, Mittel-
straße 6, aus statt.
Die Verwaltung.

Burg.

Todesanzeige.
Gestern nachmittags 2 1/2 Uhr
starb mein lieber Mann, mein
guter Vater, der frühere
Restaurateur 2366

Reinhold Reschke

im 49. Lebensjahre.
Burg, den 27. Mai.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernd Hinterbliebenen

Die trauernd Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachm. 3 Uhr,
von der Friedhofskapelle in
Schönebeck aus statt. 2074

Benneckenbed.

Dienstag vormittags 8 Uhr
starb nach kurzem Leiden mein
lieber Mann, unser sorgsamer
Vater, Schlichter und Groß-
vater, der Arbeiter

Wilhelm Gierath

im Alter von 64 Jahren.
Mit der Bitte um stilles
Beileid 1461

Marie Gierath geb. Brachmann

3 Kindern.
Die Beerdigung findet am
Freitag den 30. Mai, nach-
mittags 8 Uhr, vom Trauer-
haus, Benneckenbed, Mittel-
straße 6, aus statt.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 123.

Magdeburg, Donnerstag den 29. Mai 1913.

24. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Queblinburg-Nieserleben-Kalbe.

Parteigenossen, Parteigenossinnen! Unsere Stellung zur Beteiligung an der Abgeordnetenwahl am 3. Juni hat durch den Beschluß der preussischen Landeskommission vom 22. Mai keine Änderung erfahren. Für unseren Wahlkreis bleibt es bei der ursprünglich festgesetzten Beteiligung an der Abgeordnetenwahl, und unsere Wahlmänner werden ersucht, am 3. Juni pünktlich in Nieserleben anwesend zu sein.

Eine Änderung aber ist in dem Termin der Generalversammlung eingetreten. Umstände halber kann sie nicht am 29. Juni stattfinden, sondern erst am 18. Juli. Alles andre bleibt unverändert.

Mit Parteigrüß

Der Kreisvorsitz.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Die Kreisleitung beschloß, da nur 48 Wahlmänner im Wahlkreis für unsere Partei gewählt wurden, die Wahlmänner zu ersuchen, von der Abgeordnetenwahl fernzubleiben. Auf das Wahlergebnis würde die Abstimmlung unserer Genossen doch ohne Einfluß bleiben.

J. A. Wilh. Ludwig, Obenstedt.

Warum der Reserve-Leutnant nicht wählen durfte.

Mit welcher Fülle von Kenntnissen über gesetzliche Bestimmungen so manche Behörden auf dem Lande nicht ausgestattet sind, hat wieder recht deutlich die Landtagswahl gezeigt. Daß aber unter dieser Unkenntnis, wie im vorliegenden Falle, nicht nur Arbeiter, sondern auch einmal Angehörige der besthenden Kreise zu leiden haben, dürfte schon zu den Seltenheiten gehören. In Wolmirstedt, einer Dorfgemeinde im Kreise Nieserleben, regiert ein Amtsvorsteher, der uns schon mehrfach Veranlassung gegeben hat, daß wir uns mit ihm beschäftigen mußten. Damals waren es seine Verbote, die er gegen die Abhaltung von Versammlungen erließ, die unsere berechtigten Kritik herausforderten. Bei der Landtagswahl leistete sich der Amtsvorsteher wieder ein nettes Stücklein:

Nach den Vorschriften des Gesetzes über die preussischen Landtagswahlen haben auch alle die in Preußen das Wahlrecht, die keine Steuern bezahlen. Dem Amtsvorsteher von Wolmirstedt scheint diese gesetzliche Bestimmung jedoch nicht bekannt gewesen zu sein, denn er hat in die Wählerliste zur Landtagswahl alle die Personen nicht aufgenommen bzw. sie in der Liste gestrichelt, die keine Steuern bezahlen. Von dieser Maßregel wurden außer einigen Arbeitern — o Wech! auch ein Reserveleutnant und der Sohn einer Familie, der als Einjähriger gedient hat, betroffen. Beide sind in der Wirtschaft ihrer Eltern, die Güter von 150 Morgen ihr Eigen nennen, beschäftigt. Sie durften gleich den andern armen Schülern, die auch keine Steuern bezahlen, nicht wählen. Daß auch einmal Angehörige der besthenden Klassen die Folgen der Gesetzeskenntnis von Behörden an eignen Leiden erfahren müssen, ist vielleicht ganz heilsam. Ob sich aber der Amtsvorsteher recht wohl dabei gefühlt hat, als er mit Schweden gewährt wurde, daß er einem leibhaftigen Reserveleutnant und einem Einjährigen das Wahlrecht geraubt hat, wagen wir zu bezweifeln. Was sagen im übrigen die Nationalliberalen dazu?

Sozialdemokratischer Verein des Kreises Wangleben.

Der unterzeichnete Vereinsvorstand hat mit der Kontrollkommission und den Ortsgruppenvorständen eine gemeinschaftliche Sitzung abgehalten und da nachstehende Beschlüsse gefaßt.

1. Entspricht den Beschlüssen der preussischen Landeskommission und des Bezirksvorstandes wird von einer Beteiligung der sozialdemokratischen Wahlmänner bei der am 3. Juni stattfindenden Abgeordnetenwahl Abstand genommen.

2. Entwurf eines neuen Vereinsstatuts.

§ 1.

Die sozialdemokratischen Männer und Frauen des Reichstagswahlkreises Wangleben bilden auf Grund des Partei- und Bezirksstatuts eine Wahlkreisorganisation unter dem Namen „Sozialdemokratischer Verein des Kreises Wangleben“.

Dem Verein hat jeder im Wahlkreis wohnende Sozialdemokrat anzugehören.

Personen unter 18 Jahren ist durch Gesetz die Mitgliedschaft verboten.

§ 2.

Mitglied des Vereins kann jede im Kreise wohnende, über 18 Jahre alte Person werden, die das Programm der sozialdemokratischen Partei anerkennt und sich den Statuten der Parteiorganisationen unterwirft. Mitglied kann nicht sein, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundzüge der Partei oder einer ehe-losen Handlung schuldig macht. Für den Ausschluß eines Mitglieds kommen die Bestimmungen des Partei- und Bezirksstatuts in Anwendung. Den Mitgliedern steht ein Klageberuf an das Vereinsvermögen nicht zu.

§ 3.

Die Mitgliedschaft wird durch Zahlung eines Eintrittsgeldes und Zahlung eines Wochenbeitrags erworben. Neuaufnahmen können nur durch den Vereinsvorstand vollzogen werden. Mitglieder aus andern sozialdemokratischen Vereinen, welche sich innerhalb 4 Wochen anmelden, zahlen kein Eintrittsgeld. Eine längere Frist kann denjenigen Mitgliedern gewährt werden, die durch zwingende Gründe während obiger Frist an Uebertritt behindert waren.

Das Eintrittsgeld beträgt für männliche Mitglieder 30 Pfg., für weibliche Mitglieder 15 Pfg. Der Wochenbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 10 Pfg., für weibliche Mitglieder 5 Pfg.

Die Quittierung erfolgt durch Marken. Mitglieder, die länger als 2 Wochen erwerbslos sind, werden auf ihren Antrag vom Beitrag befreit.

§ 4.

Zur Erfüllung der Aufgaben, die der Verein bezweckt, wird das Vereinsgebiet in Bezirke eingeteilt. Die Abgrenzung dieser Bezirke wird vom Vereinsvorstand bestimmt.

Die Leitung der Vereinsgeschäfte in den Bezirken erfolgt durch den Bezirksobmann, der vom Vereinsvorstand eingesetzt wird. Zur Unterstützung dieses Obmanns können die Mitglieder des Bezirks Beisitzer bestimmen, die auch aus den Reihen der weiblichen Mitglieder entnommen werden können. Ein solches Bestimmungsrecht steht den Bezirken jedoch nur zu, wenn es im Einverständnis mit dem Vereinsvorstand geschieht.

Für die von den Vereinsobmännern zu entfaltende Tätigkeit hat der Vorstand, sobald es die Verhältnisse erfordern, besondere Anweisungen aufzustellen, die der Bestätigung durch den Vorstand unterliegen.

Fällt es der Vereinsvorstand für angebracht, daß zur Erfüllung etwaiger besonderer Aufgaben auch besondere Maßnahmen ergriffen werden, kann er zur Durchführung solcher Befehle besondere Vereinsfunktionäre einsetzen. Diesen steht das Recht zu, in gleichberechtigter Weise an den Konferenzen des Vorstandes mit den Vereinsobmännern und an den Vereinsversammlungen teilzunehmen.

§ 5.

Dem einzelnen Vereinsobmann liegt insbesondere die Aufgabe ob — neben den ihm direkt vom Vereinsvorstand überwiesenen Aufträgen —, auch dafür zu sorgen, daß die Einkassierung der Beiträge durch dazu bestimmte Einkassierer erfolgt. Die Einkassierer haben die eingesammelten Beiträge allwöchentlich an den Obmann abzuliefern. Der Obmann ist berechtigt, mit Zustimmung des Vereinsvorstandes, alle für örtliche Maßnahmen des Vereins notwendigen Ausgaben aus den erzielten Einnahmen zu decken, seine Abrechnung mit dem Vereinsvorstand hat vierteljährlich zu erfolgen.

§ 6.

Die Bezirke sind verpflichtet, zur Förderung der Vereinsinteressen regelmäßige Bezirksversammlungen abzuhalten. Ort und Zeitpunkt dieser Versammlungen setzt der Vereinsvorstand nach Anhörung des Vereinsobmanns fest.

Die weiblichen Mitglieder können sich mit Genehmigung des Vereinsvorstandes in den einzelnen Bezirken zu besonderen Frauen-sektionen zusammenschließen und als solche unter Zustimmung des Vereinsvorstandes besondere Sektionsversammlungen abhalten.

§ 7.

Die Gesamtleitung des Vereins unterliegt dem Vereinsvorstand. Er besteht aus drei Personen: einem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und einem Sekretär.

Der Vorsitzende hat die Aufgabe, die gesamte Agitationsarbeit, die notwendig ist, um die Bevölkerung des Kreises immer mehr zum Sozialismus heranzubilden, in die Wege zu leiten. Ist er verhindert, geht diese Aufgabe auf seinen Stellvertreter über.

Der Sekretär hat die gesamten innern Angelegenheiten zu erledigen.

Die Wahl der Vorstandsmitglieder, die im übrigen als kollegiale Körperschaft zusammenzuwirken haben, erfolgt auf den regelmäßigen Vereinsversammlungen.

Die Wahl der Delegierten zum Partei-, Bezirks- und Vereinsrat wird unter Zugrundelegung eines vom Vereinsvorstand aufgestellten Wahlreglements durch Urabstimmung herbeigeführt. Für jeden in Frage kommenden Delegierten sind zwei Vorschläge zu normieren. Die Aufstellung der Vorschlagslisten erfolgt unter Berücksichtigung der Vorschläge aus den Bezirken durch den Vereinsvorstand.

§ 8.

Damit der Vereinsvorstand in der Lage ist, die ihm gestellten Aufgaben erfüllen zu können, ist er verpflichtet, die Vereinsobmänner zu Konferenzen zusammenzurufen, die in allen das Parteileben berührenden Fragen Beschlußrecht haben, sofern der nachfolgende Vereinstag die Beschlüsse nicht aufhebt.

Solche Konferenzen müssen auch dann vom Vereinsvorstand einberufen werden, wenn mindestens fünf Vereinsobmänner mit Zustimmung ihrer Bezirksversammlungen unter Angabe der Begründung einen dementsprechenden Antrag beim Vereinsvorstand stellen.

§ 9.

Im Monat Juni jedes Jahres findet ein Vereinstag statt, wo der Vereinsvorstand über seine Tätigkeit wie auch über die Tätigkeit der Vereinsobmänner Rechenschaft zu geben hat.

Der Vereinstag setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Vorstandes, den Vereinsobmännern und den in den einzelnen Bezirken gewählten Delegierten. Auf je 100 Mitglieder kann ein Delegierter entsandt werden. Hat ein Bezirk keine 100 Mitglieder, so ist auch dieser berechtigt, einen Delegierten zu entsenden. Jeder Ort in den einzelnen Bezirken muß auf dem Vereinstag vertreten sein.

Der Vereinstag ist die höchste Instanz des Vereins, er bestimmt alle zur Führung der Geschäfte notwendigen Maßnahmen.

§ 10.

Für den ganzen Verein ist bei Abstimmungen einfache Stimmeneinheit ausschlaggebend. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Eine Auflösung des Vereins kann nur von einem außerordentlichen Vereinstag beschlossen werden und auch nur dann, wenn zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder sich dafür erklären. Ueber das Vereinsvermögen entscheidet dieser Vereinstag mit einfacher Mehrheit. Für den Fall einer unvorhergesehenen Unterbrechung der Tätigkeit des Vereins durch Schließung oder Auflösung ist der Vorstand berechtigt, nach freiem Ermessen im Sinne der Parteibestrebungen über das Vereinsvermögen zu verfügen. Der Austritt aus dem Verein steht jedem Mitglied jederzeit frei. Wer länger als vier Wochen ohne Stundung keinen Beitrag zahlte, gilt als ausgestiegen.

Mit dem Tode, dem Austritt oder dem Ausschluß aus dem Verein verliert das Mitglied jedes Recht, das es etwa gegen den Verein, gegen eine Einrichtung oder ein Mitglied des Vereins aus seiner Vereinsmitgliedschaft erworben hat.

3. Um nicht mit den Veranstaltungen, die die den Sportvereinen angeschlossenen Genossen in den einzelnen Orten schon festgelegt haben, zu kollidieren, wird von der Veranstaltung eines Parteifestes Abstand genommen.

Kreis Wangleben, 27. Mai 1913.

Der Vorstand.

J. A. Jul. Koch.

Nieserleben, 28. Mai. (Die öffentlich-rechtliche Lebensversicherung) versucht durch ihre Vertreter Klänge für sich zu machen. Natürlich soll damit nur die „Volksfürsorge“ bekämpft werden. Die Inbetriebsetzung der „Volksfürsorge“ wurde aus verschiedenen Gründen verzögert. Die Vertreter der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherung wollen sich dieses nicht allein zumühe machen, sondern der „Volksfürsorge“ auch noch Widrigkeiten verursachen. Laßt sich aber kein Arbeiter betören. Alle schönen Versprechungen von jener Seite werden nur gemacht, weil man die „Volksfürsorge“ fürchtet. In kurzer Zeit werden die Aufnahmen hier für die „Volksfürsorge“ erfolgen.

(Der Hamsterbeizung.) Welche am 28. April begonnen hat, sind bis zum 28. Mai 9000 Stück zum Opfer gefallen. Bestimmt werden sie zum größten Teil als Genußmittel verwendet und bilden den Ersatz für Fleisch in vielen Familien.

(Waldso, bald so.) Der „Anzeiger“ berichtet über die französischen Meuterer, die sich gegen die zehnjährige Militärdienstzeit empört haben. Sehr bezeichnend sei es, daß sich unter den Schuldhingen zahlreiche Unteroffiziere und, was noch bedenklicher erscheint, sogar Offiziere befanden. Wenn dieser Geist des Unruhrs und der Disziplinlosigkeit sogar im Offizierskorps eine Stätte habe, dann braucht man sich über nichts mehr zu wundern, dann werde ohne weiteres klar, wie der Geist der Truppe beschaffen sei. Als die neue französische Militärdienstzeit eingebracht wurde, schrieb der „Anzeiger“: „Mit Rücksicht auf die gute Schulung der französischen Armee und die Einführung der zehnjährigen Dienstzeit könne Deutschland nur mit einer erhöhten Militärmacht sich sichern.“ Man muß sich fragen, welche von den beiden Nachrichten ist ernst zu nehmen. Man muß sich ferner fragen, sind die Abkommen des „Anzeigers“ solche gedankenlose Leser, daß sie sich derartige Widersprüche gefallen lassen? Verständlich wird die Sache nur, wenn man die Firma: „Organ für nationale Arbeiterbewegung“ in Betracht zieht.

(Vollsberein.) Auf die am Donnerstag in Biles Lokal stattfindende Mitgliederversammlung sei besonders hingewiesen. Die Landtagswahl und die Generalversammlung müssen für regen Teilnahme veranlassen. (Siehe Inserat in dieser Nummer.)

Burg, 28. Mai. (Eine Bäckermeister-Versammlung) war zum Dienstag nachmittags nach dem „Kongresshaus“ von einigen Bäckermeistern der Freien Vereinigung aus Magdeburg einberufen worden. Etwa 30 Herren waren dem Rufe gefolgt. Herr Dippe aus Magdeburg führte aus: Man stehe im Zeichen der Lohnbewegungen, im ganzen Reich seien solche auf der Tagesordnung, und auch die kleinsten Städte und Gewerbe würden in Mitleidenschaft gezogen. Man müsse aber diesen Drang der Arbeiter nach wirtschaftlicher Besserstellung bestehen. Gerade im Bäckerberufe sei diese Besserstellung, zu der auch die Abschaffung des Kost- und Logiszwangs gehöre, dazu angetan, auch älteren verheirateten Bäckern eine Existenz zu sichern, damit aber das Gewerbe vor der überhandnehmenden Konkurrenz zu schützen. Es sei auch in Burg nicht schädlich, daß eine solche Lohnhöhung tariflich festgelegt gewesen sei. Nun sei aus einem Anlaß dieser Tarif von Seiten der Innung als ungültig betrachtet worden. Neue Tarife aber abzuschließen sei den Mitgliedern der Bäcker-Innung durch Festsetzung einer Strafe verboten. Wehlich habe die Sache in Magdeburg schon zweimal gelegen. 1910 hat die Innung über die bewilligten Bäckermeister eine Strafe von rund 5700 Mark verhängt. Diese sei dann auch leider, da eine Einigkeit unter diesen Meistern nicht bestand, begahnt worden. 1912 sei dann über dieselben Meister eine Strafe von je 1300 Mark festgesetzt worden. Diese Gesamtsumme sollte dazu dienen, den Schaden von 37000 Mark, den der Boykott den Innungsmitgliedern gebracht habe, zu decken. Diesmal sei die Sache aber zum Austrag gebracht worden. Die Innung selbst habe die Strafe auf 300 Mark ermäßigt und später gegen den letzten Entscheid, daß nur eine einmalige Handlung vorliege, keinen Einspruch erhoben. Um die Burger Kollegen vor Schaden zu bewahren, sei Meiner mit noch einigen Kollegen gekommen. Einmal sei der Schaden eines Boykotts unberechenbar, andererseits aber vernichte die Strafe von pro Tag 20 Mark jede Möglichkeit einer Verständigung, wenn sie zu Recht bestehen würde. Sie bestände aber nicht zu Recht. Daher brauchten die Kollegen Burgs sie nicht zu bezahlen und hätten so auch die Möglichkeit, sich vor dem Schaden eines Boykotts, der leider schon mit ungeahnter Schärfe eingeleitet habe, zu bewahren. Es folgte dann eine Aussprache zwischen dem inzwischen erschienenen Obermeister Ducho und Herrn Dippe über die Gültigkeit einer Konventionstrafe. Herr Ducho mußte gestehen, daß er sich geirrt habe. Auf den Einwand des Referenten, daß Strafen nur von der Obrigkeit festgesetzt werden könnten, kam Ducho endlich dazu, daß es im Protokoll Ordnungstrafe heißen müsse. Herr Ducho führte aus, daß diese Strafe erhoben werden soll, wenn ein Innungsmitglied einen Sondertarif abschließt. Herr Partmann aus Magdeburg betonte ebenfalls die Ungültigkeit der Strafe und erörterte eingehend die Möglichkeit der Verständigung. Leicht sei diese. Man brauche nur eine Innungsversammlung einzuberufen, um ängstliche Gemüter zu beruhigen, den Strafbeschlüssen auszuweichen und die Verhandlungen mit den Organisationen wieder anzufangen. Je schneller dies geschehe, desto größer sei die Aussicht, die Kollegen vor dem Schaden des Boykotts der immer ausgeprägtere Dimensionen annehmen werde, zu bewahren. Mit dem Versprechen, baldigst eine Innungsversammlung einzuberufen, ging man auseinander. Anschließend hieran sei noch bemerkt, daß ein Teil Bäckermeister sich bitter gegenwärtig nicht auf der Liste zu stehen. Es hätten aber die Herren alle vorher Gelegenheit, auf ihren Vorstand einzuwirken, daß er eine Verständigung herbeiführt. Da kann man den Führern der Arbeiter-schaft, die ja auch täglich arbeiten müssen, nicht zumuten, alle 54 Bäckermeister im Ort aufzusuchen. Es haben sich nun noch folgende Bäckermeister mit der Leitung der Organisationen vereinigt: Richard Frede, Großer Hof 8; Paul Kreßmar, Brückenstraße; Andreas Vogel, Johannisstraße; Lorenz Wätzig, Schulstraße.

(Große öffentliche Volksversammlung) findet am Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Sohngollernpark“ statt. Alle Einwohner und alle Frauen müßten ein reges Interesse daran haben, einen Vortrag des Genossen Wache mit anzuhören, der sich mit hygienischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den Bäckereien befaßt wird. Veräume daher niemand, die Gelegenheit, einen Blick hinter die Kulissen zu tun. (Siehe Inserat.)

(Die Wahlvereins-Versammlung) welche zum Donnerstag einberufen war, wird um 8 Tage verschoben.

Eisenberg, 28. Mai. (Die Kreischauffee-Versammlung) läßt zurzeit in unfrer Gemeinde Pflasterarbeiten vorrichten. Die alten Steine hat die Gemeinde selbst gekauft. Statt nun Straßen, die im Hofe noch nicht gepflastert sind, mit Pflaster zu belegen, kommt man her und pflastert Feldwege, und zwar den Verbindungsweg mit Förderstedt. In den Straßen des Dorfes, wo noch nicht gepflastert ist, wohnen nur kleine Leute, während die großen Bauern und Gutbesitzer mit ihren Wagen den Weg benutzen, der repariert wird. Hier wäre es auch endlich an der Zeit, daß sich die Arbeiter besinnen und Leute in das Gemeindeparkament schicken, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung mit mehr Nachdruck wahrnehmen. Viel Steuern zahlen, aber dafür Wege in Kauf nehmen, um man bei schlechter Witterung tatsächlich im Morast steckenbleibt.

Aberburg, 28. Mai. (Landtagswahl.) Da im ersten Bezirk unsere Genossen in zwei Abteilungen gewählt worden sind, ist eine Erklarung notwendig geworden. Sie findet am Donnerstag den 29. Mai, vormittags 9 Uhr, statt. Zu diesem Bezirk gehören die Drachenschwanzstraße, Karlstraße, Kirchplatz, Lange Straße, Gänsefütter Straße, Heyerstraße, Mühlenstraße, Friedrichstraße. Alle Wähler dieses Bezirks werden nun nochmals gebeten, wiederum die von der sozialdemokratischen Partei aufgestellten Wahlmannskandidaten zu wählen. Also frisch ans Werk, auch die bei der Hauptwahl gleichgültig gewesenen Wähler noch aufzuräumen, um mit noch größerer Stimmenzahl die neuen Wahlmänner wieder durchzubringen. Ihre Namen werden wieder vor dem Wahllokal bekanntgegeben.

Neuhaldensleben, 28. Mai. (Einliebevoller Bruder.) Der 18jährige Gelegenheitsarbeiter Georg Graßing hat am Montag nachmittags an der Hülstringer Chaussee in der Nähe der Sarglingischen Gärten nach einem Wortwechsel seinem etwa 30jährigen Bruder Heinrich — vorher hatten sie dem Alkohol in reichlichen Maße zugesprochen — mit einem Taschenmesser eine tiefe Stichwunde in das Genick beigebracht. Ein vorüberkommender Kaderwagen transportierte den blutüberströmten Graßing nach dem städtischen Krankenhaus, wo der Krankenhausarzt Dr. Krause die Wunde zunähen mußte. Lebensgefahr besteht anscheinend nicht.

(Hinweis.) Am Sonntag den 1. Juni veranstalten die Gewerkschaften von Neuhaldensleben und Umgegend von nachmittags 3 Uhr an in Herzogs Festjalen ein großes Gewerkschaftsfest, welches wiederum mit einem Umzug mit Musik durch die Straßen der Stadt eingeleitet wird. Die Gewerkschaftsmitglieder werden ersucht, zahlreich mit Familie zu erscheinen, damit der Umzug ein imponanter wird. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.)

Osternied, 28. Mai. (Die reinliche Scheidung) zwischen dem vielgenannten Männerturnverein und der organisierten Arbeiter-schaft können sowohl gut wie schlecht unterrichtete Osternieder Kreise immer noch nicht verstehen. Wenn aber der genannte Verein immer noch nach „höhnischen Gründen“ fragen läßt, so sei hier der Hauptfuß unsers öffentlichen Kundschreibens bekanntgegeben: „Zu jener Zeit, wo der Männerturnverein sich

2. Preussisch-Preussische (228. Königlich Preussische) Klassenlotterie

5. Klasse 15. Ziehungstag 27. Mai 1913 Vormittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.

Table of lottery numbers and prizes, including sub-headers like '(Ohne Gewähr u. St.-N. f. B.)' and '(Nachdruck verboten)'. It lists numerous numbers and their corresponding prize amounts.

2. Preussisch-Preussische (228. Königlich Preussische) Klassenlotterie 5. Klasse 15. Ziehungstag 27. Mai 1913 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.

Table of lottery numbers and prizes for the afternoon session, including sub-headers like '(Ohne Gewähr u. St.-N. f. B.)' and '(Nachdruck verboten)'. It lists numerous numbers and their corresponding prize amounts.

bedeutend nur mit der Turnische befähigt, hatte die Arbeiterschaft feinerlei Ursache, sich mit ihm zu beschäftigen. Dieses Verhältnis hat sich nun leider geändert, denn schon seit Jahr und Tag ist der Verein bestrebt, den bürgerlichen Parteien Handlangerdienste bei Bekämpfung der Sozialdemokratie zu leisten.

Die Zuhörer sind nun zu Ende, und obwohl das Meter Lokalpatriotismus (wollten sagen: Wirlande) nur 20 Pfg. kostete, waren doch nur in einigen Straßen, und hier auch nur immer wenige Käufer, mäßig geschmückt. Der ruhige Bürgermann vernagelt eben ungern auch noch sein Haus.

Der Voranschicht nach scheint aber diesmal der ganze Plan ins Wasser zu fallen, und zwar aus dem Grunde, weil eine größere Beteiligung nicht zu erwarten ist.

Wir verstehen sehr wohl diesen patriotischen Schmerz zu würdigen. Der Patriot scheint aber von den Gründen, die die Begeisterung für das Jubiläum dämpfen, nichts zu wissen.

Der Patriot scheint aber von den Gründen, die die Begeisterung für das Jubiläum dämpfen, nichts zu wissen.

Wir verstehen sehr wohl diesen patriotischen Schmerz zu würdigen. Der Patriot scheint aber von den Gründen, die die Begeisterung für das Jubiläum dämpfen, nichts zu wissen.

Wir verstehen sehr wohl diesen patriotischen Schmerz zu würdigen. Der Patriot scheint aber von den Gründen, die die Begeisterung für das Jubiläum dämpfen, nichts zu wissen.

Wir verstehen sehr wohl diesen patriotischen Schmerz zu würdigen. Der Patriot scheint aber von den Gründen, die die Begeisterung für das Jubiläum dämpfen, nichts zu wissen.

Wir verstehen sehr wohl diesen patriotischen Schmerz zu würdigen. Der Patriot scheint aber von den Gründen, die die Begeisterung für das Jubiläum dämpfen, nichts zu wissen.

Wir verstehen sehr wohl diesen patriotischen Schmerz zu würdigen. Der Patriot scheint aber von den Gründen, die die Begeisterung für das Jubiläum dämpfen, nichts zu wissen.

Salzstadt. Für den Wohltätigen gingen bis zum 1. Mai an freiwilligen Beiträgen ein: Durch Herr A. B. u. C. ...

Briefkasten. 210155 20 25 (1000) 316 450 501 32 93 211012 120 35 43

212059 118 327 631 21140 70 333 421 553 636 92 791 801 11 68 (1000) 97

BRITANNIA

Unterhaltungsbeilage zur Volksstimme

Nr. 123

Magdeburg, Donnerstag den 29. Mai

1913

In schlimmen Sünden.

Roman von Erich Schätzler.
(4. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.
Am Frühstückstisch ging ein leichtes Rädeln um. Axel war doch sehr überlegen gewesen, als er die Bemerkung machte, und darüber freute man sich.
Dagmar war inzwischen bei der Badeanstalt angekommen. Der Verwalter — ein alter Seemann — dachte zwar sein

ging nach Hause, ohne im Wasser gewesen zu sein. Mit diesem Probest hatte es nun freilich eine eigenartige Wendung. Die würdige Dame hatte nicht die geringste Sehnsucht nach den Hüten der Otfree; sie badete nur, weil es neuerdings zum guten Ton gehörte, und war selig, einen so forreften Probest anbringen zu können und dabei um das Bad herumzukommen. Im übrigen nahm man die Dinge doch mehr von der heitern Seite. Augenscheinlich war obnein nichts zu machen, und lange würde das Spiel ja nicht dauern.



Kinderspektation in Gortisborf bei Wien. (Zwei Seite 4.)

Zeit; er wußte aber nicht recht, was er sagen sollte. Es gab kein Geheh, das die Otfree um diese Zeit den Danten der Sponsorioren vorbehielt, und überdies machte Dagmar einen so sichern Eindruck, daß ihm jede Gegenrede wie verloren war. Er gab ihr, was sie zum Baden brauchte, und Dagmar wählte eine Kabinette, die etwas abseits lag. Sie schwinnt wie ein Fisch, dachte der alte Seemann, und nun kam doch ein zufriedenes Schmunzeln — einen so kranken Fisch hatte er sonst nicht unter seinen Gästen. Unter den Danten entstand selbsterklärende eine nicht geringe Aufregung. Man blickte befremdet hinüber, man sah sich gegenseitig flammend an, man ließ Stühle fallen, und die Frau Apotheker kleidete sich sofort wieder an und hatte das Zeugnis in der Nachbarschaft herumgezogen und

sein, mit der die Stauninwaffen in gleichem Tempo von Nordamerika aus ostwärts gewandert ist. In den höchsten nördlichen Breiten (bis 61 Grad nördlicher Breite) ist die Erziehung am 21. und 22. Juni 1912 aufgetreten und gleichzeitig auch weit südlich, um 46 Grad nördlicher Breite beobachtet worden, während Ägypten weit östlicher gelegen und unter 38 Grad Breite am 17. Juni, also 5 Tage früher von der Erfindung berührt wurde. Das sind allerdings Katastrophen, die nicht für einen Zusammenstoß mit der vulkanischen Ursache auf Alaska allein sprechen. Professor Maurer hat sich die größte Mühe gegeben, aus sorgfältig gesammelten Nachrichten die größte Tagespresse von Januar bis Juni 1912, d. h. bis zu den Ausbrüchen auf Alaska, Messungen über bedeutendere vulkanische Erscheinungen der nördlichen und südlichen Hemisphäre herauszugeben, um die zu stützen beobachteten Katastrophen dann analytisch, aber ohne Erfolg. Unter diesen Umständen kann man die von dem Bodakassid-Forscher Ferdinand Schmidt geäußerte Vermutung, es könnten vielleicht fossile Inseln bei der Erfindung mitgeführt haben, nicht vollständig ablehnen.

Humor und Satire.

Nach eine Auffassung. Ist nicht am Puls und zerschneidet sich den Kopf über ein Aufsatzthema "Damen ist Pflicht". Zufällig tritt Müllsteins ins Zimmer, und Lili fragt diesen ihr Leib. "Ach," sagt Müllsteins, "das ist ja ganz einfach. Wenn ich meinen Schwanz zu 2/3 Uhr an die Erde befestigt hab, und er kommt nicht, denn schreib ich ihn hin Brief: Damen ist Pflicht."

Englischer Humor. Erad: "Bei dieser Gelegenheit, alter Freund — erinnern Sie sich, daß Sie mir seit sechs Monaten zehn Mark schuldig sind."

Erad: "O ja."

Erad: "Wie teuer Sie nicht, Sie brauchen es nur für kurze Zeit?"

Erad: "Ich habe Ihnen die Wahrheit gesagt. Ich habe die zehn Mark mit dem nötigen Minuten behalten."

In irgend in kleinen Unberühmtheit war es den Studenten nicht erlaubt, die allein wohnenden Studentinnen zu besuchen. Eines Tages wurde ein Student dabei abgefaßt, als er eine Studentin besuchte. Man stellte ihn vor den Unberühmtheit.

"Nun, Mr. Ward, die Strafe für die erste Verletzung des Gesetzes ist 2,50 Mark, für die zweite werden Sie 5 Mark, für die dritte 7,50 Mark zu zahlen haben usw. bis zu 50 Mark für jede Verletzung."

Na ferner, ichem Lene fragte der Student:
"Und wie teuer würde sich ein Saison-Absonnement stellen, Herr Richter?"

"Wissen Sie den Unterschied," sagte ein Herr zum andern, "zwischen einem Pferd und einem Esel?" — "O ja," erwiderte der andre, "ich würde Sie niemals für ein Pferd halten."

"Stern meines Lebens!" flüsterte der bestellte junge Mann.
"Und was für ein Stern würde ich für Dich sein?" sagte das hübsche Mädchen.
"Die Venus, die begaubeurbe, entzündende Venus!"
"Ich möchte aber lieber, ich wäre der Saturn."
"Weshalb, mein Liebster?"
"Weil der Saturn ab und zu einen neuen Ring bekommt."

Unser Bild.

In Deutschland ist der geistliche Kinderstich noch recht jungen Datums. Auf Grund unserer Gesetzgebung ist es in Folge des hartnäckigen Widerstands einzelner Internierungsguppen, vor allem natürlich der Sumter, kaum möglich, den ganzen Drogenismus des Landes vor dem pfiffigen Oben unzureichender Arbeitsstätten zu schützen. Angeblich dieser lagen Begriffe über die Schwärzung des jungen Lebens, dürfte eine sehr wichtige Situation, deren Zweck außer der freien ärztlichen Kontrolle und Behandlung die Fortschritt der Erziehung einwandfrei sein soll. Es ist ein sehr interessantes Stück der Geschichte der Menschheit, daß es noch eine glatte Unmöglichkeit ist, anders im "richtigen Dörfchen". Dort ist man so nach und nach, daß der lauffähigen Wirkungen der Sozialdemokratie, zur Einseitigkeit lang, daß das beste Mittel zur Kräftigung und Entwicklung eines Volkes in der sachgemäßen Pflege und Ausbreitung eines nützlichen Berufs liegt, wo neben ärztlicher Behandlung auch die öffentliche Kinderschutzstation in dem industriellen Wiener Vorort Floridsdorf, wo neben ärztlicher Behandlung auch Milch für Säuglinge aus öffentlichen Molkereien gratis bezogen werden kann, auf unsern Bilden. —

Verlag W. Pflanz u. Co., verantwortlich Redakteur
Emil Müller, sämtlich in Magdeburg.

Stammreihe wiederhergestellt. Ein Aufstehen ging durch die Kunde nach dieser Leistung. Die Götter wurden von neuem geküßt mit weinmühtigem Wunsch für weinmühtige Götter. Und über den Schächer hinweg trat mich ein Dämonium künftiger Göttergötter. Darobst! Das härtere Großherzogtum Caschens-Weimar hatte wieder einmal über das schwächere Herzogtum Caschens-Weimar triumphiert.

Kunst und Literatur.

Wie Wagner einst beurteilt wurde. Gegenwärtig dürfte der Sinnweis auf ein seltsames Wagner-Revolution interessieren, eine Wirtin, die in dem in der literarischen Welt der Wagner, die der Musikforscher Wilhelm Kappert Ende der siebziger Jahre bei Dreyfuß'scher Verlag herausgegeben hat. Damals war die Wagner-Revolution von Karl Frieberich Göttermann bereits erschienen, und es schloß Wagner auch nicht nicht an Anhängern. Nimmermehr überzog noch im Jahre nach der Wagnereinführung des Wagners (1876) die Götter seiner Gegner, die sich überdies aus den größten Musikautoritäten rekrutierten. Wenn Ehrhart Kantsch in den vierziger Jahren die Musik des "Mittelländischen Volkslieds" als eine der wehrtesten, begünstigten der Menschheit bezeichnet, so änderte er im Jahre 1853 seinen Standpunkt so weit, daß er von der gleichen Oper erwiderte: "Wo sie das schillernde Element sich begibt, wo sie Wagner's Bühnen und anfangs zur 'Musik' zu werden, da stehen und das Mittelstadium seiner Methode." Bereits mehrere Jahre zuvor hatte Robert Schumann die bisherigen Werte Wagners, etwa bis zum "Koblenz", noch weit höher charakterisiert: "Die Musik, abgesehen von der Darbietung, ist gewiß oft geradezu unheimlich, gefallos und überwiegend." Nach dem dem räumlichen Kongress, das der Komponist selbst am 11. Dezember 1864 im Münchner Hoftheater leitete, heißt es, Wagner sei mehr Poet als Musiker. Damit stimmt die Ansicht von Wagners Wunder-Vorher überein: "Mit der Musik sei es nichts! Dichter, ja das kann er." Versuchen wir eine kleine Skizze der künftigen Musikproduktion zu geben, die sich bis tief in die heftiger Jahre an Wagners Produktion befestigt. Das Wortspiel an "Tristan und Isolde" erklärt Spindel für einen "lyrischen Dichter". Ungefähr um die gleiche Zeit wird Wagner's Musik in England "Kinder der Welt" als ein "pathetischer Cancon" bezeichnet. Das Urteil des Kritiker "Signar" nach der Aufführung des "Mein" (1869) hatte freilich noch viel ungünstiger geklungen: "Die sogenannte Instrumentalmusik mit ihren Effekten, wie sie Kaiserrollengericht und aufeinanderstührendes Charakteristischer Charakteristischer, "Auffallend ist die Stelle ganz uncharakteristischer Charakteristischer, die das Literatentum, das sich damals offenbar für Musikfaktisch befähigt hielt, an Wagner verschwendet. So nennt ihn Karl Götter selbst vor 40 Jahren in einem Artikel der "Neuen Freien Presse", den "Cagliostro der Tagesmusik". Ein andermal spricht der gleiche Göttermann vom "musikalischen Schicksal". Was soll das aber wegen die Kraftwerke des "Wagners" hieronimus Krüge belegen, welcher im schönsten Gegensatz von einer musikalischen Weltanschauung steht. "Wenn Musik hinführen könnte", lesen wir aus dieser Feder in der "Weltliteraturzeitung" von 1870, "so würde man sich bei dieser Gelegenheit in Wien (die Kräfte der Wagnereiferer) die Hülle abgeben müssen". Der Name Don Quixote ist fast hierüber für Wagner, den man auch gelegentlich als "Gottfeste mit Schwärmer musikalischer Inspiration", als "dramatisch-musikalisches Wagners" bezeichnet. Der Kaisermarsch ist nach den Worten eines Musikfaktikers eine "Zukunft gegen die erhabene Majestät des deutschen Kaisers". Von anderer Seite wird er erklärt für ein "Musikstück von so barbarischer Rohheit, solcher Symphonie in der Verbindung, so schamlos die Rohheit in der Anwendung alles erdenklichen Vornehms, daß sich die Verbesserung als eine Linderung, die Verbesserung vor einem abilitierten Publikum als eine grobe Verleumdung erweist". Und heute, heute!

Zwerverlet.

Die große atmosphärische Erziehung im Jahre 1912, die fast die Hälfte der ganzen nördlichen Erdhemisphäre umspannte, wurde damals Vulkananschlägen in Alaska eingeführt, durch die ungeweure, höchst feine verteilte Staubmassen hoch in die Atmosphäre emporgehoben und östwärts fortgetrieben worden seien. Jetzt sind nun Beobachtungen vom Observatorium in Wien bekannt geworden, welche zeigen die atmosphärische Erziehung dort schon am 7. April 1912 von den Spektroskopapparaten angezeigt wurde. Das 2. Monate auf Alaska. Während des ganzen April verbläute sich die ganze Erfindung aufsteigend und ebenso während des Mai, nahm dann aber ab bis zum 17. Juni, um bis zum August auf neue Klarheit hervorzu treten. Auch im September dauerte die Erfindung ungetrübt fort, nahm im Oktober ab und verbläute völlig im November. Professor Maurer in Zürich, der jetzt auf diese Tatsache aufmerksam macht, schreibt aus dem Mitteilungsblatt der Gesellschaft für Naturwissenschaften in Zürich, der 1912 auftraten. "Es muß", sagt er, "eine riesige Staubwolke gewesen sein"

